

Grundlinien der Wirtschaftsentwicklung im Sommer 2021

384 Editorial von Claus Michelsen et al.

Deutsche Wirtschaft mit spätem Frühlingserwachen – Industrie in der Klemme



388 Bericht von Claus Michelsen, Guido Baldi, Geraldine Dany-Knedlik, Hella Engerer und Sandra Pasch

Weltwirtschaft: Fortgeschrittene Volkswirtschaften vor kräftigem Aufschwung



400 Bericht von Claus Michelsen, Marius Clemens, Max Hanisch, Simon Junker und Laura Pagenhardt

Deutsche Wirtschaft: Konjunkturmotor springt an, aber Unwucht im Getriebe

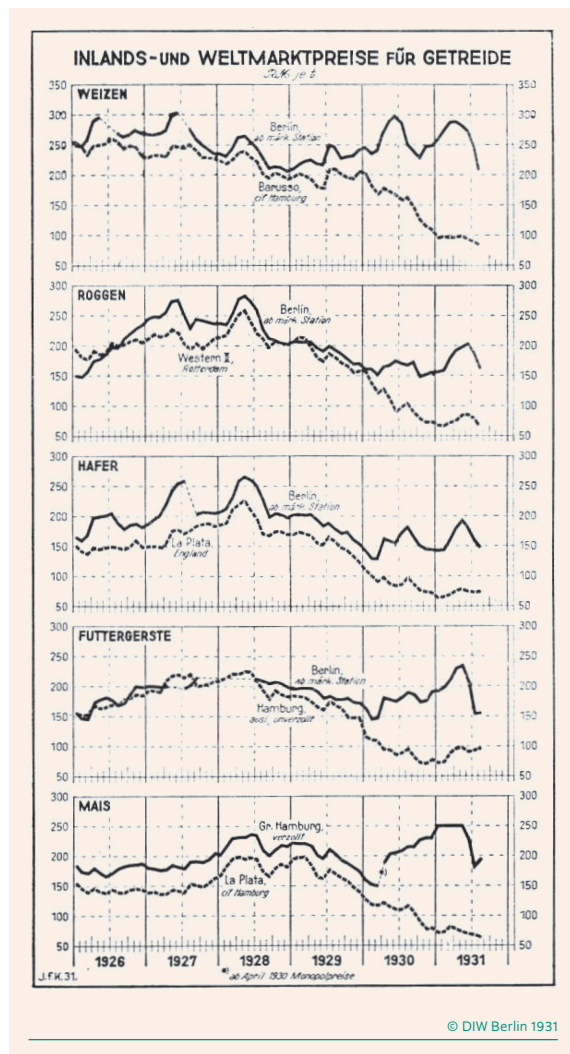
414 Interview mit Claus Michelsen

415 Anhang VGR-Tabellen

418 Kommentar von Claudia Kemfert

Nach Stickoxid-Urteil des
EuGH: Ausstieg aus bisheriger
Verkehrspolitik jetzt!

Entwicklung und Aussichten der landwirtschaftlichen Märkte in Deutschland



Die Zuspitzung der Kreditlage im Sommer 1931 hat die Bewegung der neuen Ernte ungünstig beeinflusst und die Lage an den Getreidemärkten verschärft. Durch die Ausgabe von Lagerscheinen sowie von Ausfuhrscheinen für Roggen und Weizen, durch Kreditverbilligung, Stützungskäufe usw. ist es zwar gelungen, die Märkte in gewissem Umfang zu stützen. Infolge der Preisunsicherheit halten sich aber der Handel und die getreideverarbeitenden Betriebe bei ihren Eindeckungen außerordentlich zurück und versuchen, die Lagerhaltung auf die Produzenten abzuwälzen. Andererseits sind die Landwirte voraussichtlich gezwungen, zur Abdeckung ihrer Herbstverpflichtungen größere Posten zu verkaufen.

Aus dem Wochenbericht Nr. 24 vom 9. September 1931

IMPRESSUM



DIW Berlin — Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung e. V.

Mohrenstraße 58, 10117 Berlin

www.diw.de

Telefon: +49 30 897 89-0 Fax: -200

88. Jahrgang 17. Juni 2021

Herausgeberinnen und Herausgeber

Prof. Dr. Tomaso Duso; Prof. Marcel Fratzscher, Ph.D.; Prof. Dr. Peter Haan;
Prof. Dr. Claudia Kemfert; Prof. Dr. Alexander S. Kritikos; Prof. Dr. Alexander Kriwoluzky; Prof. Dr. Stefan Liebig; Prof. Dr. Lukas Menkhoff; Dr. Claus Michelsen; Prof. Karsten Neuhoff, Ph.D.; Prof. Dr. Carsten Schröder;
Prof. Dr. C. Katharina Spieß; Prof. Dr. Katharina Wrohlich

Chefredaktion

Dr. Anna Hammerschmid (Stellv.)

Lektorat

Prof. Dr. Martin Gornig

Redaktion

Marten Brehmer; Rebecca Buhner; Claudia Cohnen-Beck; Dr. Hella Engerer;
Petra Jasper; Sebastian Kollmann; Sandra Tubik; Kristina van Deuverden

Vertrieb

DIW Berlin Leserservice, Postfach 74, 77649 Offenburg

leserservice@diw.de

Telefon: +49 1806 14 00 50 25 (20 Cent pro Anruf)

Gestaltung

Roman Wilhelm, Stefanie Reeg, DIW Berlin

Umschlagmotiv

© imageBROKER / Steffen Diemer

Satz

Satz-Rechen-Zentrum Hartmann + Heenemann GmbH & Co. KG, Berlin

Druck

USE gGmbH, Berlin

ISSN 0012-1304; ISSN 1860-8787 (online)

Nachdruck und sonstige Verbreitung – auch auszugsweise – nur mit Quellenangabe und unter Zusendung eines Belegexemplars an den Kundenservice des DIW Berlin zulässig (kundenservice@diw.de).

Abonnieren Sie auch unseren DIW- und/oder Wochenbericht-Newsletter unter www.diw.de/newsletter

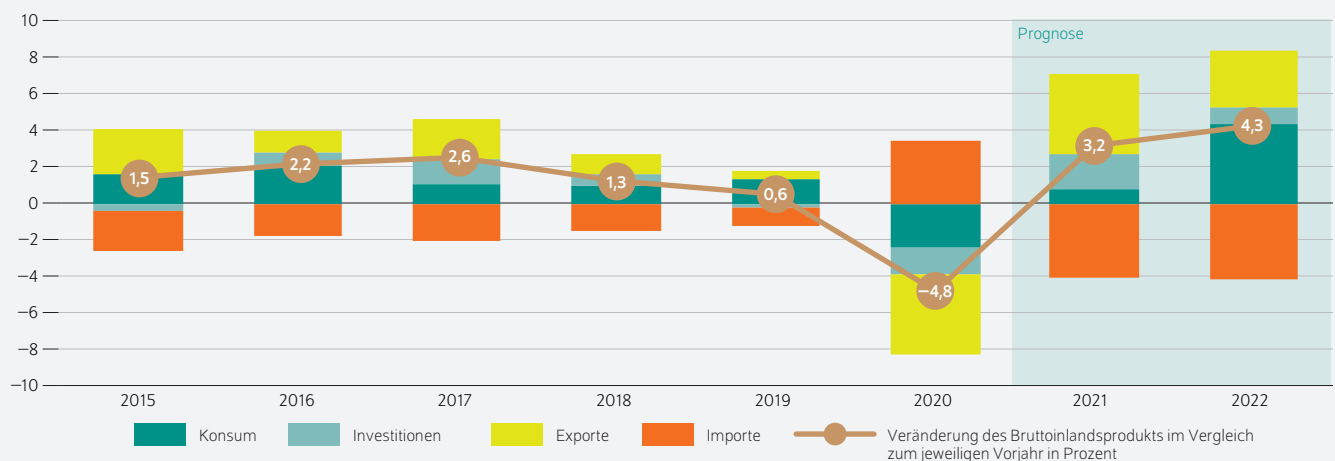
Deutsche Wirtschaft mit spätem Frühlings- erwachen – Industrie in der Klemme

Von Claus Michelsen et al.

- DIW-KonjunkturforscherInnen heben Wachstumsprognose für deutsche Wirtschaft leicht an, auf 3,2 Prozent für dieses und 4,3 Prozent für nächstes Jahr
- Pandemiefolgen aber längst nicht bewältigt und Rückschläge zu befürchten – Zunehmende Rohstoffknappheit belastet Industrie, Insolvenzgefahren steigen
- Deutsche Exportwirtschaft profitiert von weltwirtschaftlicher Entwicklung – Boom in den USA tröstet über schwächelnde Erholung in einigen Schwellenländern hinweg
- Wirtschaftlicher Gesamtschaden der Pandemie dürfte in Deutschland bei rund 350 Milliarden Euro liegen, rund zehn Prozent des Bruttoinlandsprodukts
- Voreilige Rückkehr zu ausgeglichenen Haushalten würde Schaden anrichten – Ohne Investitionen und Innovationen sind strukturelle Veränderungen wie demografische Wende nicht zu bewältigen

Deutsche Wirtschaft wächst schneller als im Frühjahr erwartet – 2022 treibt vor allem der Konsum an

Wachstumsbeiträge der einzelnen Komponenten des Bruttoinlandsprodukts in Prozentpunkten



ZITAT

„Insbesondere die Dienstleistungsbereiche profitieren jetzt von den Lockerungsmaßnahmen. Allerdings können mit den Öffnungen die Inzidenzen auch wieder steigen. Erst wenn die Impfquote so hoch ist, dass zumindest annähernd eine Herdenimmunität erreicht ist, werden wir einen nachhaltigen Aufschwung erleben.“

— Claus Michelsen, DIW-Konjunkturchef —

MEDIATHEK



Audio-Interview mit Claus Michelsen
www.diw.de/mediathek

Deutsche Wirtschaft mit spätem Frühlingserwachen – Industrie in der Klemme

Von Claus Michelsen, Guido Baldi, Marius Clemens, Geraldine Dany-Knedlik, Hella Engerer, Marcel Fratzscher, Max Hanisch, Simon Junker, Laura Pagenhardt und Sandra Pasch

Auch im Frühsommer dieses Jahres wird die wirtschaftliche Entwicklung weltweit weiterhin durch die Corona-Krise bestimmt. Die Impfkampagnen sind insbesondere in den entwickelten Volkswirtschaften in Fahrt gekommen, viele Länder – so auch Deutschland – lockern allmählich die Beschränkungen des gesellschaftlichen Lebens. Dennoch bestimmen die Auswirkungen der Pandemie den Erholungsprozess. Viele Dienstleistungsbereiche, allen voran die Gastronomie und der Handel, konnten bereits in den zurückliegenden Monaten deutliche Umsatzgewinne erzielen und damit an den Fortschritten in der Pandemiebekämpfung teilhaben.

Dagegen wird das verarbeitende Gewerbe durch Knappheiten bei Rohstoffen und anderen wichtigen Vorleistungen erheblich ausgebremst. Trotz wieder gut gefüllter Auftragsbücher kann die Industrie und auch die Bauwirtschaft die Nachfrage nicht vollständig bedienen. Preise für wichtige Vorleistungen sind zuletzt erheblich gestiegen und die Betriebe berichten in großer Zahl davon, dass die fehlenden Vorleistungen ihre Produktion behindern. Damit treten nun Folgen der Pandemie in den Vordergrund, die nicht mehr unmittelbar auf das Infektionsgeschehen oder Maßnahmen des Infektionsschutzes zurückzuführen sind: Einerseits ist die Förderung und Produktion wichtiger Rohstoffe in der Pandemie heruntergefahren worden – die rasch anziehende Nachfrage kann nicht direkt bedient werden. Andererseits hat sich die Nachfrage teils drastisch verschoben: Der Digitalisierungsschub hat beispielsweise den Bedarf an Halbleitern in der Elektroindustrie in die Höhe schnellen lassen, die nun in der Kfz-Fertigung fehlen. Dies zeigt, dass die Eindämmung des Infektionsgeschehens zwar notwendige,

aber nicht hinreichende Voraussetzung für eine schnelle und reibungslose Erholung der Wirtschaft ist.

Trotz dieser Entwicklungen ist der Ausblick für die deutsche Wirtschaft etwas positiver als noch im Frühjahr: Für dieses Jahr rechnet das DIW Berlin mit einem Wachstum von nun 3,2 Prozent gegenüber dem Vorjahr – für das kommende Jahr wird mit 4,3 Prozent Zuwachs eine kräftige Fortsetzung der Erholung erwartet. Dies darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass der Weg bis zur vollständigen Bewältigung der Pandemiefolgen weit ist und immer wieder mit Rückschlägen gerechnet werden muss. Voraussichtlich wird das Vorkrisenniveau im Schlussquartal dieses Jahres erreicht. Der kumulierte pandemiebedingte Ausfall der Wertschöpfung in Deutschland beläuft sich auf rund 230 Milliarden Euro. Hinzu kommt, dass die Wirtschaftsleistung ohne das Pandemiegeschehen um rund zweieinhalb Prozent zugelegt hätte. Der Gesamtschaden der Corona-Pandemie summiert sich für die Jahre 2020 und 2021 damit auf rund 350 Milliarden Euro, also etwa zehn Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Dies hat auch Folgen für das Produktionspotenzial, das auch mittelfristig nicht das Niveau von vor der Krise erreichen wird. Auch im Jahr 2025 dürfte die Wertschöpfung niedriger ausfallen als vor der Krise projiziert. Eine verfrühte Abkehr von derzeit stabilisierenden wirtschaftspolitischen Maßnahmen wäre angesichts dessen kontraproduktiv. Vielmehr wäre ein zusätzlicher finanzpolitischer Impuls zur Stärkung des Produktionspotenzials hilfreich, um frühzeitiger auf den Wachstumspfad von vor der Krise zurückzukehren.

Kurzfristig profitiert die deutsche Wirtschaft aber von der global einsetzenden Erholung: Die Exportschlager im Bereich des Maschinenbaus oder der Kraftfahrzeuge sind weltweit gefragt. Insbesondere die Nachfrage aus dem

Euroraum und aus den USA stellt sich besser dar als noch im Frühjahr prognostiziert. Hingegen ist die wirtschaftliche Entwicklung in den Schwellenländern weniger positiv als noch im Frühjahr erwartet: Hier tobten zuletzt kräftige Corona-Infektionswellen, die beispielsweise in Indien zu tragischen Zuständen in den Krankenhäusern führten. Auch die chinesische Wirtschaft hat etwas an Fahrt eingebüßt. Dennoch ist die Weltwirtschaft insgesamt deutlich auf Erholungskurs, der allerdings durch fehlende Rohstoffe und zeitweise Blockaden wichtiger Seehandelswege belastet wird.

Angenommen wird für die Prognose, dass diese Knappheit vorübergehender Natur ist und die entwickelten Volkswirtschaften dank des Impffortschritts zahlreiche Beschränkungen des gesellschaftlichen Lebens nachhaltig aufheben können. Für die Schwellenländer stellt sich dies anders dar: Hier fehlt weiterhin Impfstoff für eine flächendeckende Versorgung der Bevölkerung, sodass die Erholung dort immer wieder ausgebremst wird und zudem das Risiko weiterer Virusmutationen hoch ist. Sollten die nun durchgeführten Impfungen nicht vor diesen neuen Varianten schützen, wäre auch die Erholung in Europa, den USA und anderen Teilen der Welt gefährdet.

In Deutschland gilt nach wie vor der von Bund und Ländern beschlossene Stufenplan, der Öffnungen und Schließungen von Geschäften in Abhängigkeit der Sieben-Tage-Inzidenz festlegt. Danach können viele Aktivitäten weitgehend beschränkungsfrei durchgeführt werden, wenn weniger als 50 – oder unter zusätzlichen Einschränkungen zumindest 100 – Neuinfektionen je 100 000 EinwohnerInnen innerhalb einer Woche zu beobachten sind. Viele Kreise und kreisfreie Städte konnten entsprechend dieses Plans Lockerungen zulassen. Folglich steigt die Geschäftstätigkeit vor allem im Dienstleistungssektor und schiebt derzeit die Erholung in Deutschland an. Allerdings ist auch zu erwarten, dass mit mehr gesellschaftlicher Aktivität die Infektionen wieder anziehen. Noch ist der Wettlauf der Impfungen gegen die Verbreitung weiterer Virusmutationen nicht gewonnen. Daher wird in dieser Prognose unterstellt, dass auch in den Sommermonaten regionale Einschränkungen notwendig werden, um das Infektionsgeschehen unter Kontrolle zu behalten. Für die Dienstleistungsbereiche dürfte dies zumindest in Kreisen mit jetzt noch hoher Inzidenz zu einem Stop-and-Go der Erholung führen.

Deutlich stärker dürfte die Erholung aber durch die Hemmnisse in der Industrie und in der Bauwirtschaft gebremst werden, die wohl erst im Herbst überwunden sein werden. Die Preise für viele Rohstoffe sind binnen kurzer Zeit erheblich gestiegen, die Verfügbarkeit wichtiger Vorprodukte ist gering. Dies spiegelt einerseits die robuste Erholung der Weltwirtschaft wider, andererseits ist es auch Folge der heruntergefahrenen Produktion und Rohstoffförderung in den Hochphasen der Pandemie. Allerdings spricht vieles dafür, dass diese Entwicklung nur temporär auf der Wertschöpfung lastet und sich kein neuer Superzyklus in der Rohstoffnachfrage ankündigt. Entsprechend dürften auch die Sorgen vor dauerhaft hohen Teuerungsraten auf der Verbraucherebene unbegründet sein.

Die gestiegenen Rohstoffpreise bereiten allerdings an anderer Stelle Sorge: Viele Aufträge in der Industrie und auch in der Bauwirtschaft werden einige Monate im Voraus erteilt, ohne dass entsprechende Preisentwicklungen antizipiert werden. Zumindest kleine und mittelständische Unternehmen, aber auch viele HandwerkerInnen dürften die jüngsten Entwicklungen unverhofft getroffen haben, ohne dass Absicherungen für derartige Preissprünge vereinbart wurden. Vor allem im Handwerk kann dies dazu führen, dass einerseits Aufträge mit Verlusten und zudem aufgrund der Lieferschwierigkeiten mit Verzug und entsprechenden Vertragsstrafen durchgeführt werden müssen. Je nach Volumen bringt dies kleinere Betriebe womöglich in wirtschaftliche Not und birgt trotz hoher Nachfrage das Risiko von Insolvenzen. Ohnehin ist in den kommenden Monaten mit einem Anstieg der Insolvenzen und Geschäftsaufgaben zu rechnen. Im vergangenen Jahr war die Insolvenzmeldepflicht ausgesetzt, die Zahl der eröffneten Verfahren entsprechend gering. Auch die Zahl der Gewerbeabmeldungen war vergleichsweise niedrig. Dies ist für Rezessionen untypisch und spricht dafür, dass viele Unternehmen den Weg zum Amtsgericht noch antreten müssen.

Eine steigende Zahl an Unternehmensinsolvenzen könnte zudem negative Effekte auf den Arbeitsmarkt mit sich bringen. In dem hier unterstellten Szenario wird zwar mit steigenden Insolvenzen gerechnet – eine große Insolvenzwelle über eine Normalisierung des Insolvenzgeschehens hinaus wird allerdings nicht erwartet. Entsprechend stark dürfte die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung aufgebaut

werden und die Arbeitslosenquote auf gut fünf Prozent im kommenden Jahr absinken. Damit wären die negativen Auswirkungen der Krise auch dank der umfangreichen Inanspruchnahme des Kurzarbeitergeldes auf dem Arbeitsmarkt schnell überwunden. Allerdings zeigt sich schon jetzt, dass die Folgen ungleich über die Branchen und Beschäftigungsformen verteilt sind. Die Zahl der Selbständigen ist erheblich gesunken und auch die Zahl der geringfügig Beschäftigten wird das Vorkrisenniveau wohl nicht mehr erreichen. Angedrieben wird der Beschäftigungsaufbau auch nicht aus dem Kernbereich der deutschen Wirtschaft, der Industrie – vielmehr sind es einige Dienstleistungsbereiche, insbesondere der öffentliche Sektor, in denen die Zahl der ArbeitnehmerInnen steigt. Kommt es zu einer großen Insolvenzwelle, dürfte dies Beschäftigung kosten und auch die gesamtwirtschaftliche Erholung deutlich schleppender verlaufen.

Auch drückt die Preisentwicklung bei den Vorleistungen auf die Gewinnmargen und damit den Aufbau notwendigen Eigenkapitals für Investitionen. Die steigenden Rohstoffpreise könnten so den globalen Investitionszyklus erheblich ausbremsen und damit auch auf der in- und ausländischen Nachfrage nach Maschinen und Anlagen lasten.

Die Eigenkapitalpositionen und die Verschuldung vieler Unternehmen haben sich während der Krise ohnehin schon deutlich verschlechtert. Dies ist im Volumen der ausgereichten Soforthilfen und Kredite zu erkennen, die zwar vielen Unternehmen das Überleben sichern, allerdings auch deren Bilanzen verschlechtern. Rund 50 Milliarden Euro hat die KfW Bankengruppe als staatliche Förderbank bislang an Krediten in den Unternehmenssektor gegeben. Erheblich größer waren allerdings die Zuschüsse und Beihilfen: Diese Belastungen der öffentlichen Haushalte machen sich in der

Staatsschuldenquote bemerkbar, die auf über 70 Prozent anschwellen wird.

Im Vorfeld der Bundestagswahl werden nun Rufe nach einer schnellen Rückkehr zu einem ausgeglichenen Haushalt laut. Dies wäre jedoch verfrüht: Einerseits ist die Krise noch nicht überwunden. Die Nachwirkungen zeigen sich immer wieder auch in unerwarteten Entwicklungen, wie jetzt an den Rohstoffmärkten. Andererseits stehen erhebliche strukturelle Veränderungen an, allen voran die demografische Wende, die auf dem Wachstumspotenzial der deutschen Wirtschaft lastet. Diesen Veränderungen sollte auch mit staatlichen Impulsen begegnet werden: Ein Herauswachsen aus den Schulden wird nur dann möglich sein, wenn Deutschlands Standortqualitäten im internationalen Vergleich nicht ins Hintertreffen geraten und vor allem auch die Innovationskraft gestärkt wird. Diese dürfte ebenfalls in der Krise gelitten haben, denn gerade die Firmengründungen und damit das Potenzial für neue innovative Geschäftsmodelle sind im abgelaufenen Jahr in großer Zahl ausgeblieben. Auch dürften Unternehmen kostspielige und risikoreiche Innovationsvorhaben gestoppt oder gar nicht erst gestartet haben. Insbesondere in den Vereinigten Staaten wird auf diese Entwicklung mit einer umfassenden industriepolitischen Agenda und öffentlichen Investitionen geantwortet. Entsprechende Impulse für private Aktivitäten im Bereich der Forschung und Entwicklung, staatliche Unterstützung bei innovativen Unternehmensgründungen und öffentliche Investitionen in Forschung und Bildung wären wichtig, um Deutschlands Wachstumspfad zu erhöhen. Die beschlossenen Schritte im Rahmen des Zukunftspakets geben hierfür spürbare Impulse, können angesichts der Größe der Herausforderungen allerdings nur ein erster Schritt sein.

EDITORIAL

Claus Michelsen ist Leiter der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | cmichelsen@diw.de

Guido Baldi ist Gastwissenschaftler in der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | gbaldi@diw.de

Marius Clemens ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | mclemens@diw.de

Geraldine Dany-Knedlik ist wissenschaftliche Mitarbeiterin der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | gdanyknedlik@diw.de

Hella Engerer ist wissenschaftliche Mitarbeiterin der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | hengerer@diw.de

Marcel Fratzscher ist Präsident des DIW Berlin | mfratzscher@diw.de

Max Hanisch ist Gastwissenschaftler in der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | mhanisch@diw.de

Simon Junker ist stellvertretender Leiter der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | sjunker@diw.de

Laura Pagenhardt ist wissenschaftliche Mitarbeiterin der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | lpagenhardt@diw.de

Sandra Pasch ist wissenschaftliche Mitarbeiterin der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | spasch@diw.de

This report is also available in an English version as DIW Weekly Report 23+24/2021:

www.diw.de/diw_weekly



Weltwirtschaft: Fortgeschrittene Volkswirtschaften vor kräftigem Aufschwung

Von Claus Michelsen, Guido Baldi, Geraldine Dany-Knedlik, Hella Engerer und Sandra Pasch

ABSTRACT

Die globale Erholung verläuft langsamer als sich noch im vergangenen Jahr andeutete. Grund für den schleppenden Jahresbeginn waren hohe Corona-Infektionszahlen und damit verbundene wirtschaftliche Restriktionen in Europa und Japan. Zuletzt zeichnete sich ein zweigeteiltes Bild ab: In den fortgeschrittenen Volkswirtschaften werden sinkende Infektionszahlen und weitere Impffortschritte voraussichtlich zu einer deutlichen Belebung führen, die besonders im Handel und Dienstleistungssektor sichtbar wird, während das verarbeitende Gewerbe wegen der hohen Rohstoffpreise kurzzeitig ein wenig hinterherhinkt. In einigen Schwellenländern hingegen dürften zuletzt rasant gestiegene Corona-Fallzahlen und eine mangelnde Impfstoffversorgung die Erholung noch ausbremsen, bevor sich die Lage wieder verbessert. Insgesamt dürfte im zweiten Halbjahr das Wachstumstempo wieder zulegen, so dass alles in allem der Ausblick für die Weltwirtschaft nahezu unverändert bleibt: In diesem Jahr geht das DIW Berlin von einem Wachstum von 6,7 Prozent aus, 2022 dürfte das Plus bei 4,9 Prozent liegen. Positive Impulse dazu liefern insbesondere die USA, der Euroraum und China, das bislang von einer weiteren Pandemie-Welle verschont blieb.

Die weltwirtschaftliche Dynamik hat zu Jahresbeginn deutlich an Fahrt verloren. Die hohen Corona-Infektionszahlen bremsten zum Jahreswechsel vor allem in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften die Erholung. Nach der kräftigen Belebung im vergangenen Sommer legte die Weltwirtschaft im vierten Quartal 2020 um 2,7 Prozent im Vergleich zum Vorquartal zu. Im ersten Quartal dieses Jahres verlangsamte sie ihr Wachstum mit einer Expansion von lediglich 0,7 Prozent deutlich (Abbildung 1).

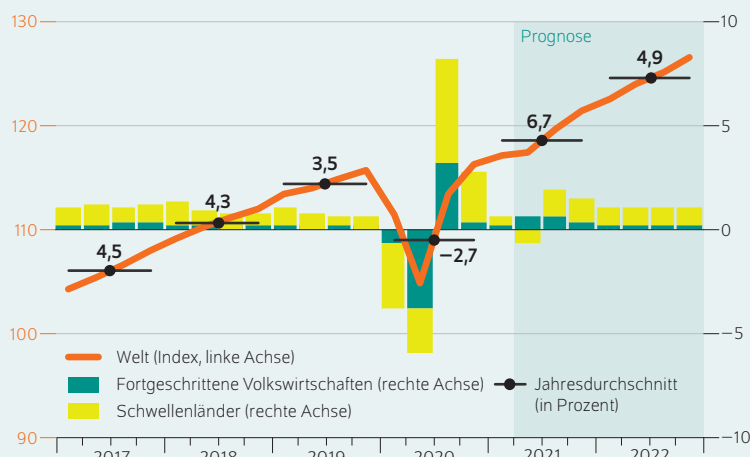
So erreichten die Corona-Ansteckungen im ersten Quartal 2021 in vielen europäischen Ländern und auch in Japan neue Höchststände. Als Konsequenz wurden im Februar und März strenge Eindämmungsmaßnahmen beschlossen, die den Geschäftsverkehr in diesen Ländern erneut massiv einschränkten. Die wirtschaftlichen Einbußen fielen im Vergleich zum Frühjahr des vergangenen Jahres allerdings deutlich geringer aus, vor allem weil die industrielle Wertschöpfung vom aktuellen Infektionsgeschehen nahezu unbeeinflusst blieb. So rutschte die Produktion im Euroraum zu Jahresbeginn mit einem Minus von 0,6 Prozent abermals in eine Rezession, nachdem sie bereits im vierten Quartal des letzten Jahres geschrumpft war. Im Vereinigten Königreich verringerte sich die Wirtschaftsleistung im ersten Quartal um 1,5 Prozent, was nicht nur auf die erneut aufflammenden Infektionen, sondern auch auf den zu Jahresbeginn vollzogenen Austritt aus der Europäischen Union zurückzuführen ist. Auch Japans Wirtschaftsleistung nahm im ersten Quartal um 1,3 Prozent ab. In den USA hingegen sorgte das zügig voranschreitende Impfprogramm und die im Winter des vergangenen Jahres beschlossenen umfangreichen Finanzhilfen wohl dafür, dass der Erholungsprozess bereits im ersten Vierteljahr wieder an Fahrt gewinnen konnte: das Wirtschaftswachstum legte mit 1,6 Prozent in den ersten drei Monaten im Vergleich zum Vorquartal zu. Auch in den meisten Schwellenländern – allen voran China – setzte sich die Erholung im ersten Quartal dieses Jahres zunächst fort. Allerdings fiel das Wachstum in China mit einem Plus von 0,6 Prozent etwas schlechter aus als erwartet. Vor allem die schleppende Normalisierung des privaten Verbrauchs bremste dort zuletzt die wirtschaftliche Erholung.

Zum Ende der ersten Jahreshälfte kontrastiert das abklingende Infektionsgeschehen in fortgeschrittenen Volkswirtschaften mit den rasant steigenden Fallzahlen in einigen Schwellenländern in Asien und in Südamerika. Daher werden die konjunkturellen Entwicklungen der Ländergruppen wohl zunächst entsprechend auseinanderdriften. Insgesamt dürften die fortgeschrittenen Volkswirtschaften nach dem Abklingen der aktuellen Infektionswellen ihren Erholungskurs über den Sommer wieder einschlagen beziehungsweise fortsetzen – allen voran die USA gefolgt von vielen europäischen Ländern und etwas verzögert Japan.¹ Gleichzeitig machten diese Länder deutliche Fortschritte beim Aufbau eines flächendeckenden Impfschutzes, was eine schrittweise Lockerung der Infektionsschutzmaßnahmen ermöglichte. In Japan sind die gemessenen Infektionszahlen im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung zwar vergleichsweise niedrig, allerdings lasteten im ersten und zweiten Quartal strenge Infektionsschutzmaßnahmen auf der Wirtschaft. Noch ist der Anteil der geimpften Bevölkerung gering. Insgesamt dürfte in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften neben einer soliden Entwicklung in der Industrie der weitere Abbau von Einschränkungen im Laufe des Sommers gerade die Wirtschaftszweige wiederbeleben, die bislang Kontaktbeschränkungen unterlagen. Dies wird wohl insbesondere dem Einzelhandel und den personennahen Dienstleistungen Umsatzzuwächse ermöglichen.

In einigen Schwellenländern, insbesondere in den größeren Volkswirtschaften Indien und Brasilien, hat sich das Infektionsgeschehen im Jahr 2021 dramatisch verschlechtert und dürfte das Wachstum bis in das kommende Quartal hinein erheblich belasten. In den meisten betroffenen Schwellenländern wurde das öffentliche Leben teilweise oder nahezu gänzlich lahmgelegt. Zudem sind in vielen dieser Länder wegen der Impfstoffknappheit noch keine umfangreichen Impfkampagnen angelaufen. Die Binnenwirtschaft in den betroffenen Volkswirtschaften Asiens und Südamerikas dürfte über den Sommer entsprechend gelähmt sein. Auch wurden für viele dieser Länder Reisewarnungen ausgesprochen und Quarantäneanordnungen für rückkehrende Personen verhängt, so dass Einnahmen aus dem internationalen Tourismus zu einem Großteil ausbleiben dürften. China blieb von dem erhöhten Infektionsgeschehen im asiatischen Raum bislang verschont. Die strikte Eindämmungsstrategie der Regierung sowie die Beschleunigung der Impfkampagne im Mai senken die Wahrscheinlichkeit eines erneuten starken Anstiegs der Infektionszahlen und entsprechend flächendeckenden Lockdowns erheblich. So dürfte die chinesische Wirtschaftsleistung zusammen mit der Produktion der fortgeschrittenen Volkswirtschaften das globale Wachstum im zweiten Quartal getragen haben und Wachstumseinbußen von einigen Schwellenländern kompensieren.

Abbildung 1

Wachstum des realen Bruttoinlandsprodukts Jeweils zum Vorquartal, in Prozent



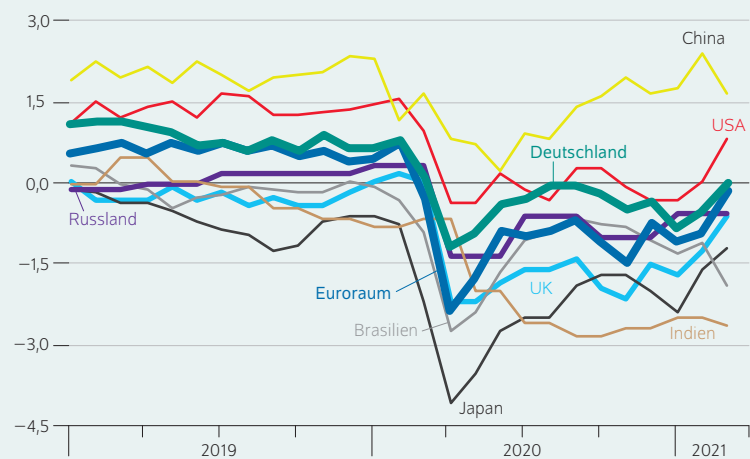
Quellen: Nationale statistische Ämter; DIW Sommergrundlinien 2021.

© DIW Berlin 2021

Fortgeschrittene Volkswirtschaften tragen die sich fortsetzende Erholung.

Abbildung 2

Konsumentenzuversicht Indizes (standardisiert)



Quellen: Confidence Board; GfK UK; Japanese Cabinet Office; EU-Kommission; IBRE Brazilian Institute of Economy; China Economic Monitoring and Analysis Center; Russian Federal State Statistics Services; Reserve Bank of India; eigene Berechnungen.

© DIW Berlin 2021

Die Stimmung der KonsumentInnen in fortgeschrittenen Volkswirtschaften hellte sich zuletzt deutlich auf.

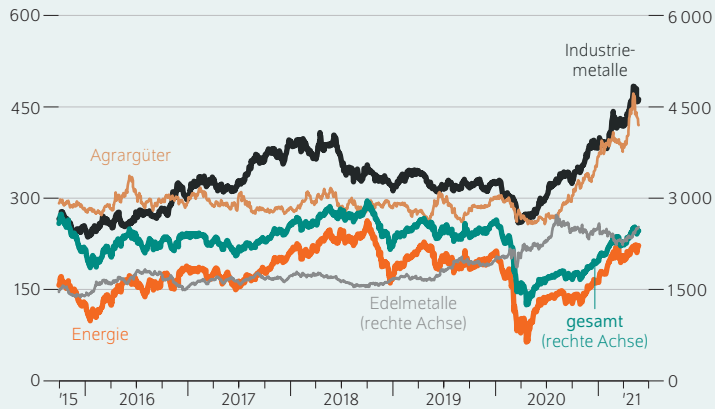
¹ Seit Mitte April dieses Jahres sinken die Sieben-Tage-Inzidenzen in den meisten europäischen Volkswirtschaften und in den USA. Sie lagen zuletzt unter 50 Neuaneckungen je 100 000 Einwohner innerhalb einer Woche.

Abbildung 3

Indikatoren zum weltwirtschaftlichen Umfeld

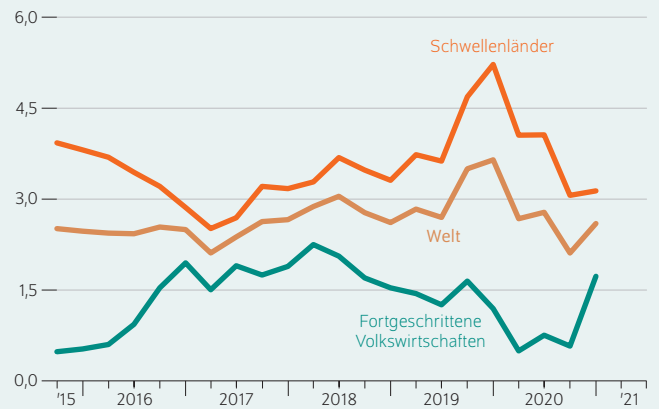
1. Rohstoffe

S&P Goldman Sachs Commodity Index, total return, US-Dollar

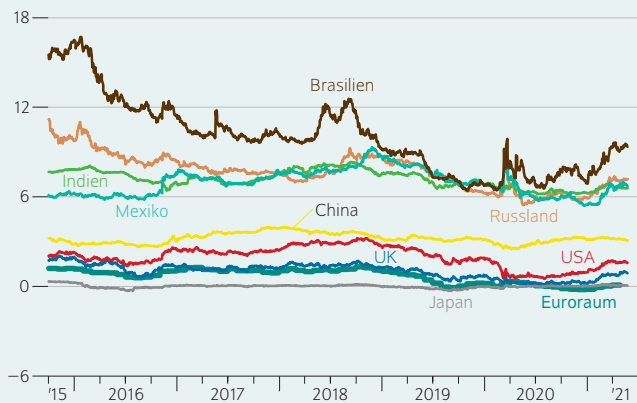


2. Verbraucherpreisinflation global und nach Ländergruppen

In Prozent (Vorjahresvergleich)

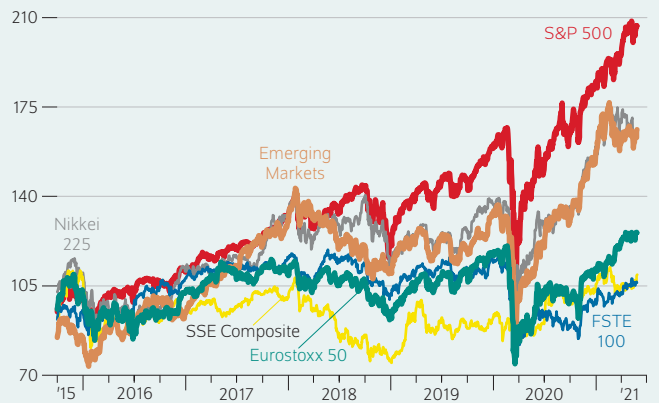


3. Rendite von zehnjährigen Staatsanleihen in den größten Volkswirtschaften (in Prozent)



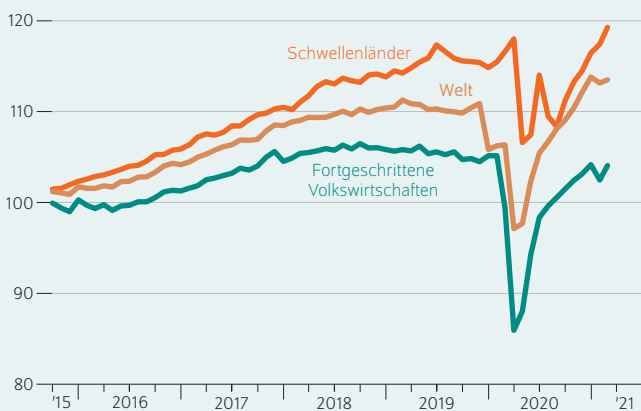
4. Aktienkurse in großen Volkswirtschaften

Index (2015 = 100)



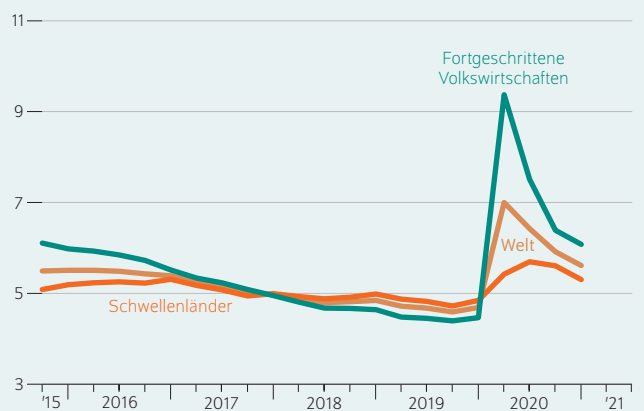
5. Industrieproduktion global und nach Ländergruppen

Index (2015 = 100)



6. Arbeitslosenquote global und nach Ländergruppen

In Prozent



Anmerkung: Letzte Beobachtungen: 26. Mai 2021 (Abbildungsteil 1); erstes Quartal 2021 (Abbildungsteil 2); 30. April 2021 (Abbildungsteil 3); 26. Mai 2021 (Abbildungsteil 4); 1. März 2020 (Abbildungsteil 5); zweites Quartal 2021 (Abbildungsteil 6).

Quellen: S&P Dow Jones Indices (Abbildungsteil 1); Deutsche Börse; CBOE (Abbildungsteil 2); EZB; PboC; Federal Reserve; BoE; BOJ; Central Bank of Brazil (Abbildungsteil 3); Bureau of Labor Statistics (Abbildungsteil 4); IHS Markit (Abbildungsteil 5); Macrobond (Abbildungsteil 6).

Tabelle

Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Arbeitslosenquote in der Weltwirtschaft

In Prozent

	Bruttoinlandsprodukt				Verbraucherpreise				Arbeitslosenquote in Prozent			
	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent											
	2019	2020	2021	2022	2019	2020	2021	2022	2019	2020	2021	2022
Euroraum	1,3	-6,7	4,1	4,7	1,3	0,1	2,3	1,5	7,5	8,0	8,4	7,9
ohne Deutschland	1,6	-7,5	4,5	4,9	1,2	-0,1	2,1	1,2	9,5	9,7	10,3	9,7
Frankreich	1,5	-8,2	5,7	4,4	1,3	0,5	1,4	1,1	8,5	8,1	9,2	8,7
Italien	0,3	-8,9	4,2	4,7	0,7	-0,3	1,4	1,2	10,0	9,3	10,0	9,8
Spanien	2,0	-10,8	5,6	6,6	0,7	-0,3	1,5	1,3	14,1	15,8	15,8	14,4
Niederlande	1,6	-3,7	2,6	3,4	2,8	1,2	1,8	1,5	3,4	3,9	4,4	4,3
Vereinigtes Königreich	1,4	-9,8	5,4	5,5	1,7	1,0	1,8	2,4	3,8	4,5	5,7	5,2
USA	2,2	-3,5	6,9	3,7	1,9	1,2	3,5	2,0	3,7	8,1	5,4	4,3
Japan	0,0	-4,7	2,2	3,0	0,5	0,0	0,2	1,0	2,4	2,8	2,5	2,0
Südkorea	2,0	-0,9	3,8	2,6	0,4	0,5	1,7	1,4	3,7	3,9	4,0	3,7
Mittel- und Osteuropa	4,2	-3,6	5,0	4,5	2,7	3,1	4,0	3,3	3,3	3,7	4,0	3,7
Türkei	1,0	1,6	5,3	2,7	15,2	12,3	15,2	12,9	13,7	13,2	13,3	13,1
Russland	1,8	-2,6	2,6	2,7	4,5	3,4	5,3	4,1	4,6	5,8	5,5	4,9
China	6,0	2,0	8,3	5,5	2,9	2,5	1,8	2,3	3,6	4,0	3,7	3,6
Indien	4,6	-6,9	8,9	7,9	3,7	6,6	4,3	3,9				
Brasilien	1,4	-4,4	4,2	2,3	3,8	3,3	5,4	4,0	11,9	13,5	14,9	13,8
Mexiko	0,0	-8,5	5,2	3,3	3,4	3,4	4,1	3,5	3,5	4,4	3,9	3,4
Fortgeschrittene Volkswirtschaften	1,6	-4,8	5,4	3,9	1,5	0,8	2,6	1,8	4,5	6,9	5,7	4,9
Schwellenländer	4,6	-1,4	7,4	5,4	3,8	4,1	3,8	3,7	4,8	5,4	5,3	5,0
Welt	3,5	-2,7	6,7	4,9	2,9	2,8	3,4	3,0	4,7	6,0	5,5	5,0

Quellen: Nationale statistische Ämter; DIW Sommergrundlinien 2021.

© DIW Berlin 2021

Die unterschiedlichen Entwicklungen der Corona-Infektionen spiegeln sich auch in der Zuversicht der VerbraucherInnen wider. So hellte sich die Stimmung der KonsumentInnen in den USA, im Euroraum und im Vereinigten Königreich im April und Mai deutlich auf. Hingegen blickten VerbraucherInnen in Indien und Brasilien zuletzt pessimistischer in die Zukunft (Abbildung 2). Zudem lässt sich die Härte der Einschränkungen des öffentlichen Lebens in den Einzelhandelsumsätzen ablesen. Die Industrieproduktion sowie die Stimmung der EinkaufsmanagerInnen zeigte sich seit dem Jahreswechsel hingegen nahezu unbeeindruckt von den Pandemie-Entwicklungen. So liegen die Einkaufsmanagerindizes für das verarbeitende Gewerbe für fortgeschrittene Volkswirtschaften und Schwellenländer bis zuletzt über der Expansionsschwelle von 50 Indexpunkten (Abbildung 3). Zudem setzte der internationale Handel seinen Aufwärtstrend am aktuellen Rand fort und dürfte auch weiterhin von einer stabilen Entwicklung der Industrie gestützt werden.

Ab der zweiten Jahreshälfte wird der weltwirtschaftliche Aufschwung wohl wieder kräftig an Fahrt gewinnen. Dabei liegt der Prognose die Annahme zugrunde, dass in den meisten fortgeschrittenen Volkswirtschaften das Infektionsgeschehen bis in den Sommer immer weiter begrenzt werden kann und der zunehmende Impfschutz ein kräftiges Wiederaufblühen der Pandemie dort verhindert. Die bestehenden Einschränkungen des gesellschaftlichen Lebens werden sukzessive zurückgefahren und durch weniger weitreichende

Auflagen ersetzt. Ab dem vierten Quartal werden die Einschränkungen das Wirtschaftsgeschehen wohl kaum mehr behindern. Allgemeine Hygiene- und Abstandsregeln, Maskenpflicht, aber auch Kapazitätsbeschränkungen für ausgewählte Wirtschaftsbereiche wie der Veranstaltungsbranche oder im Reiseverkehr werden aber aufrechterhalten. In weniger fortgeschrittenen Volkswirtschaften ist mit langsameren Erfolgen in der Pandemiebekämpfung zu rechnen. Insbesondere dort, wo die Impfkampagnen nicht so schnell vorangehen, kann zunächst nur mit harten Einschränkungen reagiert werden.

Ein kräftiges Wirtschaftswachstum in den USA und solide Produktionszuwächse in China sowie eine Erholung der Produktion des Euroraums dürften der Weltwirtschaft im weiteren Verlauf des Prognosezeitraums Aufwind verleihen. Zudem ist insgesamt mit einer anhaltend guten Entwicklung der Industrie zu rechnen. Dennoch dürften die zuletzt hohen Preise für industrielle Rohstoffe und temporäre Lieferengpässe bei Vorprodukten die industrielle Wertschöpfung kurzfristig etwas belasten (Kasten). Unbeschadet davon werden sich die Unternehmensinvestitionen vielerorts wohl solide entwickeln.

Der Wegfall vieler Einschränkungen zum Gesundheitsschutz dürfte den Konsum der privaten Haushalte deutlich beleben, da ein Teil des zuletzt schwachen privaten Verbrauchs wohl nachgeholt werden wird. Es wird damit gerechnet,

dass ein ausreichender Impfschutz und weniger Angst vor neuen Infektionswellen dem privaten Verbrauch zusätzlich Schwung geben und die Sparquoten senken wird.

Der Arbeitsmarkt dürfte sich in vielen Volkswirtschaften schleppender als die Produktion erholen. Mit rasch voranschreitendem Impfschutz und finanzpolitischen Stimuli dürften in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften die Arbeitslosenquoten kontinuierlich zurückgehen, wenn Soforthilfen für Unternehmen, beispielsweise Kurzarbeitergeld, nicht zu frühzeitig beendet werden. In vielen Schwellen- und Entwicklungsländern, die oftmals weniger finanzpolitischen Spielraum haben, wird sich die Lage im Beschäftigungssektor voraussichtlich nur sehr graduell verbessern. So wird die allmähliche Erholung auf den Arbeitsmärkten in vielen Volkswirtschaften wohl auch die Lohnentwicklung belasten. Auch deshalb ist vielerorts nur mit einem moderaten Anstieg der Verbraucherpreisinflation zu rechnen.

Zusätzlich dürften finanzpolitische Impulse die Erholung in den kommenden Jahren stützen. Die beschlossenen Hilfspakete in den USA im Umfang von mehr als zweieinhalb Billionen US-Dollar werden dabei den voraussichtlich größten Schub erzeugen. Zudem dürften bereits in diesem und in jedem Fall im nächsten Jahr umfassende finanzpolitische Hilfe aus der Europäischen Aufbau- und Resilienzfazilität an einige große Volkswirtschaften im Euroraum fließen. So ist mit den ersten Bewilligungen von Ausgabenprogrammen seitens der Europäischen Kommission und entsprechenden Vorabzahlungen von Geldern ab Ende Juli zu rechnen. Werden die bislang eingereichten Programme alle in diesem Jahr bewilligt, dürften die Vorabzahlungen von 13 Prozent der Länderpläne 34 Milliarden Euro für das laufende Jahr betragen. Im Gegensatz zu den kurzfristigen Konjunkturförderungen zur Stabilisierung der Unternehmens- und Haushaltseinkünfte während der Lockdown-Phasen enthalten die zuletzt auf den Weg gebrachten Finanzhilfen vielerorts einen erheblichen Anteil investitionsfördernder Mittel, die den Erholungsprozess in den kommenden Jahren unterstützen.

Neben der expansiv ausgerichteten Finanzpolitik dürften die weiterhin günstigen Finanzierungsbedingungen die Unternehmensinvestitionen stützen. Zwar kam es zuletzt vielerorts zu einem starken Auftrieb der Konsumentenpreis-inflation. Allerdings lässt sich ein erheblicher Teil dieses Anstiegs auf die Energie- und Nahrungsmittelpreise, die üblicherweise stärkeren Schwankungen unterliegen, zurückführen. So kletterte der Rohölpreis zuletzt auf rund 70 US-Dollar pro Fass und lag damit leicht über dem Vorkrisenniveau. Die Notenbanken der großen Volkswirtschaften sehen daher bislang keinen Handlungsbedarf. Die Geldpolitik dürfte zunächst expansiv ausgerichtet bleiben. Dennoch stiegen die langfristigen Zinsen in den meisten fortgeschrittenen Volkswirtschaften aufgrund der verbesserten wirtschaftlichen Aussichten weiter leicht an. Insgesamt dürfte das Zinsniveau aber niedrig bleiben. Im Zuge der weltwirtschaftlichen Erholung ist mit ersten restriktiven geldpolitischen Schritten erst ab der zweiten Hälfte des kommenden Jahres zu rechnen.

Kasten

Anziehende Rohstoffpreise: Superzyklus oder temporäre Knappheit

Im Zuge der Corona-Pandemie sind im Frühjahr 2020 die Rohstoffpreise zunächst zurückgegangen. Etwa seit Mitte 2020 steigen sie teilweise stark an (Abbildung 1). Dabei entwickelten sich die Preise der einzelnen Rohstoffgruppen unterschiedlich: So sind die der industriellen und landwirtschaftlichen Rohstoffe im Frühjahr 2020 zunächst moderat gesunken, zogen aber insbesondere seit Mitte 2020 stark an. Demgegenüber brach der Rohölpreis im April 2020 ein und stieg bis Mai 2021 etwa auf das Vorkrisenniveau; hier wirkten sich auch die Abkommen der OPEC-plus-Staaten aus, die im Frühjahr 2020 zunächst Förderkürzungen vorsahen und diese Kürzungen seit Ende 2020 teilweise zurückführten.

Im Zuge steigender Rohstoffpreise haben sich die Produzentenpreise teilweise stark erhöht, zuletzt insbesondere in den USA und Europa (Abbildung 2). Dies könnte den Aufschwung in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften dämpfen, sofern diese Entwicklung zumindest mittelfristig anhält.

Steigende Rohstoffpreise könnten auf einen anstehenden Superzyklus hinweisen. Hierbei handelt es sich um ausgedehnte Perioden, in der die Rohstoffpreise – ausgelöst durch starke transformatorische Entwicklungen wie der Industrialisierung vieler Schwellenländer – erheblich über beziehungsweise unter ihrem langfristigen Trend liegen.¹ Mit Überwindung der Corona-Pandemie könnte – so die derzeitige Diskussion – ein neuer Super-Zyklus eingeleitet werden. Die europäischen Volkswirtschaften und die USA erholen sich voraussichtlich recht schnell von dem starken Corona-Schock. Verstärkt wird diese Entwicklung durch eine lockere Geldpolitik und staatliche Konjunkturprogramme teilweise mit dem Fokus auf Investitionen in Energiewende und Klimaschutz, darunter der europäische Green Deal. So dürfte der Wandel hin zu Elektromotoren die Nachfrage nach einigen Industriemetallen nachhaltig steigern. Regierungen fördern zudem den Beschäftigungsaufbau, beispielsweise im Rahmen des US-Fiskalpakets von mehr als zweieinhalb Billionen US-Dollar. Insgesamt könnte mit Abklingen der Pandemie ein weltweit synchroner und starker Aufschwung einsetzen, in dessen Folge die Rohstoffnachfrage schnell steigen und auf hohem Niveau verharren könnte. Gleichzeitig bleibt das Angebot aufgrund einer zeitlich verzögerten Wiederaufnahme der Rohstoffproduktion und Problemen mit Lieferketten vorübergehend begrenzt. Wegen der seit 2014 niedrigen Rohstoffpreise war wohl auch weniger in den Ausbau von Abbau- und Verarbeitungsanlagen investiert worden. Insgesamt stößt eine stark anziehende Nachfrage auf ein zumindest mittelfristig knappes Angebot, was dann zu dauerhaft hohen Rohstoffpreisen führen könnte.

¹ Bahattin Büyüksahin, Kun Mo und Konrad Zmitrowicz (2016): Commodity price supercycles: What are they and what lies ahead? Bank of Canada Review, autumn 2016 (online verfügbar). Vgl. zu Superzyklen in der weltwirtschaftlichen Entwicklung auch Bilge Erten José und Antonio Ocampo (2013): Super Cycles of Commodity Prices Since the Mid-Nineteenth Century, World Development, Volume 44, April, 14–30 (online verfügbar).

Allerdings sprechen einige Beobachtungen eher dafür, dass die Steigerung der Rohstoffpreise temporärer Natur sein wird. So sind Störungen der Produktionsprozesse auf Lockdown-Maßnahmen (Schließung von Minen und Sägewerken, Zurückweisung von ausländischen Erntehelfern) zurückzuführen und lösen sich mit Abbau der Eindämmungsmaßnahmen sukzessive auf. Lieferkettenprobleme werden sich ebenfalls mindern, zum Beispiel wenn sich der Containerkreislauf wieder eingespielt hat. Auch die Blockade im Suez-Kanal hat nur vorübergehend den Seehandel beeinträchtigt.

Für die Preisentwicklung der einzelnen Rohstoffe spielen dabei unterschiedliche Faktoren eine Rolle. So dürfte sich bei weltweit anziehender Rohölnachfrage der Ölpreis auf einem erhöhten Niveau einpendeln, wenn die Förderkürzungen der OPEC plus weiter teilweise zurückgenommen und auch mehr US-Firmen – wie derzeit zu beobachten – ins Fracking einsteigen werden (Abbildung 3).

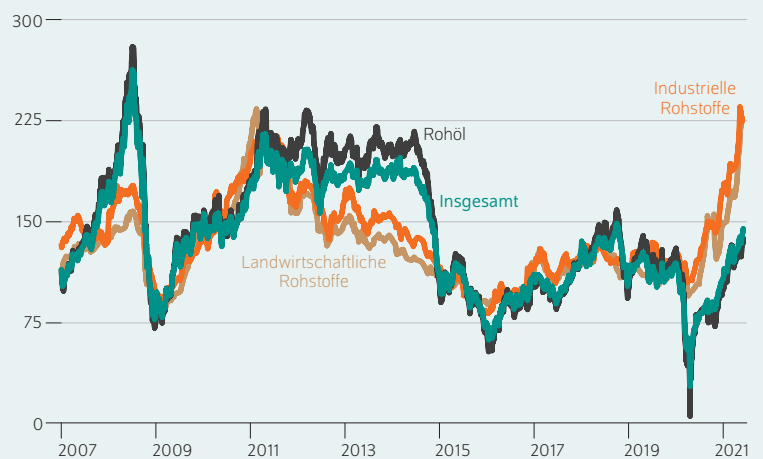
Insbesondere die starke Preissteigerung von Industriemetallen wird als Indiz für einen Superzyklus herangezogen. Die Preissteigerung hat im Mai 2021 einen Höchststand erreicht und ist am aktuellen Rand leicht rückläufig. Bei einer detaillierten Betrachtung einzelner Rohstoffe zeigen sich Unterschiede in den aktuellen Preisverläufen, wie die Beispiele von Zinn und Nickel verdeutlichen. Während der Preis für Zinn bis Ende Mai einen neuen Höchststand erreichte, blieb die Steigerung bei Nickel in längerfristiger Betrachtung im mittleren Bereich.

Die gestiegene Nachfrage nach Metallen in der Elektronikindustrie (hier: Lötmaterial Zinn) dürfte während der Pandemie auch auf den höheren Ausstattungsbedarf für das Homeoffice zurückzuführen sein. Mit fortschreitender Bedarfsdeckung wird die Nachfrage zwar voraussichtlich nachlassen. Allerdings werden weiterhin Mikrochips etwa in der Unterhaltungsindustrie, von Computerherstellern und der Automobilindustrie stark nachgefragt. Produktionsseitig war bei Zinn während der Corona-Pandemie zwar kein Ausfall zu beobachten, allerdings stockte der Export aus Indonesien, einem bedeutenden Zinnhersteller. Dies war auf Unregelmäßigkeiten bei der Prüfung des Metalls zurückzuführen. Nickel wird unter anderem als Legierung in der Stahlindustrie und bei der Batterieherstellung verwendet. China als wichtiger Nachfrager hat seine Stahlproduktion bereits früh nach dem Lockdown wieder hochgefahren, so dass auch Bedarf an Nickel bestand. Mittel- bis langfristig dürfte die weltweite Nachfrage nach Nickel (neben Lithium) infolge der steigenden Elektromobilität weiter zunehmen. Die Produktion von Nickel konnte während der Pandemie stabilisiert werden. Nach der Pandemie dürfte insbesondere Indonesien, das über 22 Prozent der weltweiten Reserven verfügt und der größte Produzent ist, seine Förderung weiter ausweiten.

Der Preis für Eisenerz als Grundstoff der Stahlindustrie ist insbesondere in China stark gestiegen; auch hier deutet sich am aktuellen Rand eine Korrektur an. Bei der Stahlherstellung zeigt sich

Abbildung 1

Rohstoffpreisentwicklung Index



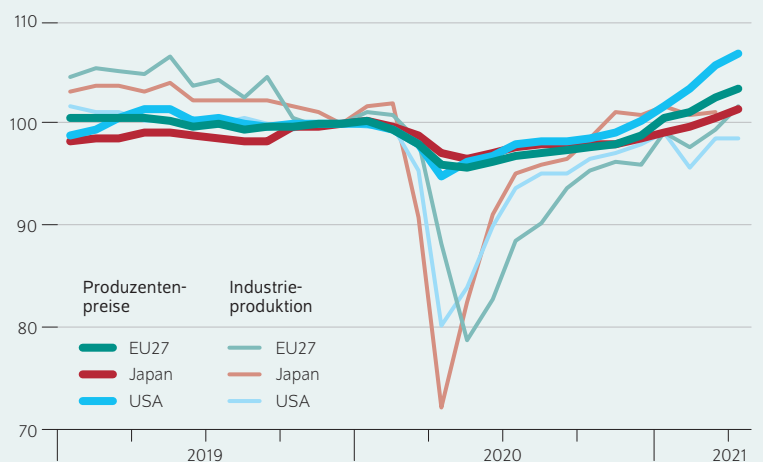
Quelle: HWWI.

© DIW Berlin 2021

Der aktuelle Anstieg der Rohstoffe übersteigt historische Entwicklungen nicht.

Abbildung 2

Produzentenpreise und Produktion in der Industrie Index (Dezember 2019 = 100)



Eurostat; Federal Reserve; Bank of Japan; U.S. Bureau of Labor Statistics; Japanese Ministry of Economy, Trade and Industry; eigene Berechnungen.

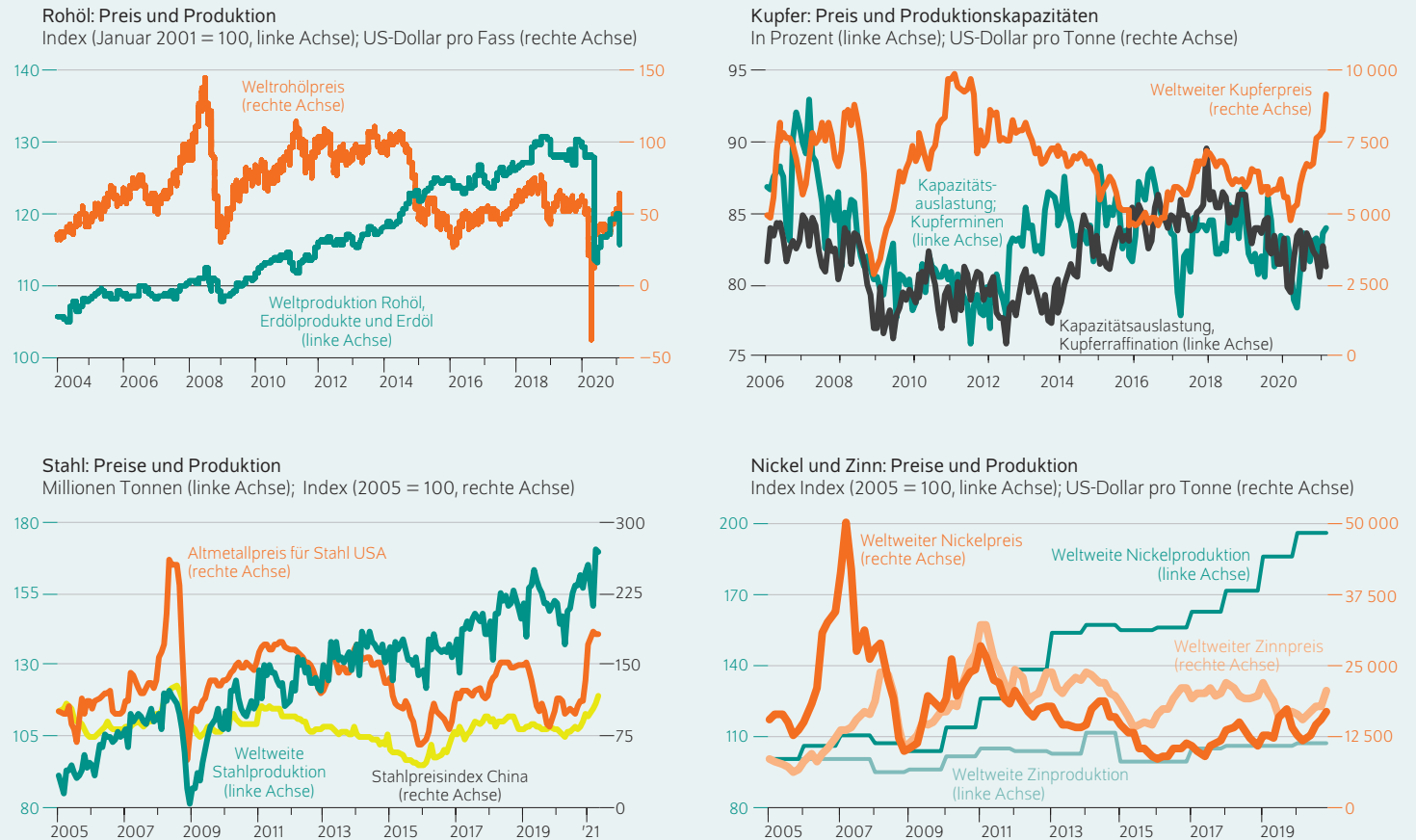
© DIW Berlin 2021

Im Zuge der Erholung der Industrieproduktion sind in vielen fortgeschrittenen Volkswirtschaften auch die Produzentenpreise zuletzt angestiegen.

Fortsetzung Kasten

Abbildung 3

Preise und Produktion von ausgewählten Industriemetallen Index



Quellen: Energy Information Administration; Macrobond (Abbildungsteil 1); International Copper Study Group; London Metal Exchange (Abbildungsteil 2); World Steel Association; China Steel Association; HWWI (Abbildungsteil 3); Australian Department of Industry, Innovation and Science; International Nickel Study Group; World Bank; London Metal Exchange (Abbildungsteil 4); eigene Berechnungen.

© DIW Berlin 2021

Für viele wichtige Industriemetalle scheint sich die Produktion aufgrund der im Zuge der weltwirtschaftlichen Erholung gestiegenen Nachfrage wieder rasch auszuweiten.

global übrigens für das Jahr 2020 zwar ein Rückgang, zunächst in China und mit den Lockdown-Maßnahmen auch weltweit gegen Ende des ersten Quartals 2020. Danach wurde aber bald das Vorkrisenniveau übertroffen. Am aktuellen Rand nehmen Produktion und Handel mit dem Konjunkturaufschwung wieder deutlich zu.

Der Preis für Kupfer ist ebenfalls während der Corona-Pandemie stark gestiegen. Er gab aber zuletzt etwas nach, was möglicherweise auf eine Korrektur hindeutet. Dafür spricht, dass die Kapazitätsauslastung der Minen und Raffinerien unter den Vorjahren liegt und somit das Angebot ausgeweitet werden könnte. Allerdings waren Investitionen wegen des niedrigen Kupferpreises wenig attraktiv. Eine deutliche Angebotsausweitung dürfte daher erst mittelfristig realisierbar sein. Gleichzeitig wird wohl die Nachfrage nach Kupfer, das unter anderem im Baugewerbe sowie für Batterien und Elektrofahrzeugen verwendet wird, weiter deutlich steigen.

Die Beispiele der Preisentwicklung von Industriemetallen zeigen, dass sehr unterschiedliche Faktoren den Anstieg begünstigten. Bei längerfristiger Betrachtung von Förderung und Kapazitäten ist eine durchgehende Verknappung einer breiten Palette von Rohstoffen nicht eindeutig erkennbar. Ein Superzyklus der Rohstoffpreise insgesamt ist wenig wahrscheinlich. Eher werden die Preise von einzelnen industriellen Metallen zulegen, deren Bedarf im Zuge einer nachhaltigen Entwicklung und Digitalisierung steigt. Diese Bereiche werden voraussichtlich durch staatliche Förderprogramme für den Corona-Wiederaufbau zusätzlich speziell unterstützt.

Insgesamt ist das weltwirtschaftliche Wachstum zu Jahresbeginn etwas kräftiger ausgefallen als zuletzt angenommen. Dies ist primär auf die kräftige Erholung in den USA und die milder als erwarteten Wachstumseinbußen in Europa zurückzuführen. Ab dem Sommer dürften allerdings die Produktionseinbußen einiger Schwellenländer die globale Wirtschaft stärker belasten als zuletzt prognostiziert. Ihren langfristigen Wachstumspfad dürfte die globale Produktion damit ab der zweiten Hälfte nächsten Jahres erreichen. Insgesamt bleibt die weltwirtschaftliche Prognose des DIW Berlin nahezu unverändert im Vergleich zum Frühjahr. Das Institut rechnet mit Wachstumsraten von 6,7 Prozent und 4,9 Prozent in diesem und im kommenden Jahr.

Mit den Impffortschritten haben sich die abwärtsgerichteten Risiken zuletzt reduziert. Dennoch bleibt die Prognose insgesamt mit überwiegend negativen Risiken behaftet, insbesondere wegen anhaltender Unwägbarkeiten des Pandemieverlaufs und der Wirksamkeit vorhandener Impfstoffe gegen neu auftretende Virusmutationen. Dies würde wieder schärfere Einschränkungen notwendig machen – vor allem in Ländern, in denen der Impfschutz bislang nur gering ist. Der Wirtschaftsaufschwung dürfte dann erneut ausgebremst werden. Ein weiteres Risiko besteht darin, dass die Unternehmens- und Privatsolvenzen insbesondere durch weiterhin anhaltende (Teil-)Lockdowns stark steigen. Dies könnte zu erheblichen Kreditausfällen führen und die Finanzmärkte destabilisieren, was auch die Solvenz etlicher Staaten gefährden kann. Den globalen Aufschwung hingegen stärken würden eine schnellere Verteilung von Impfstoffen und eine effektivere Wirksamkeit von Therapien gegen Covid-19.

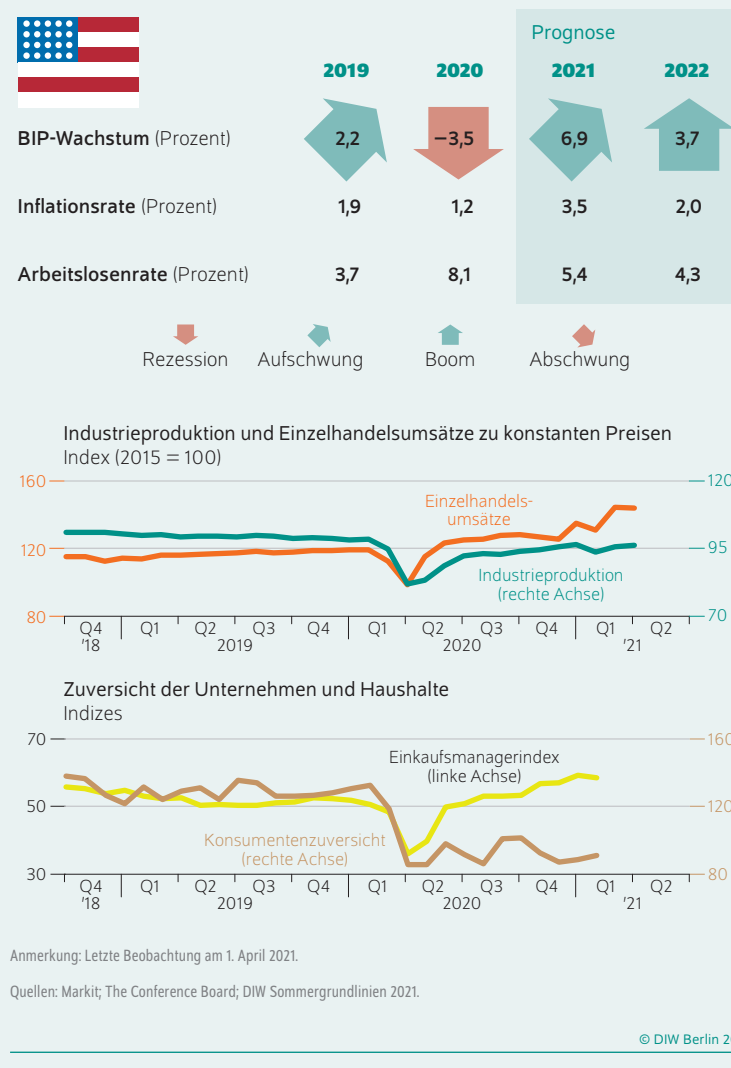
Entwicklungen in den einzelnen Regionen

In den **Vereinigten Staaten** legte das Bruttoinlandsprodukt im ersten Quartal des laufenden Jahres gegenüber dem Vorquartal merklich um 1,6 Prozent zu (annualisiert 6,4 Prozent). Sowohl der private Konsum als auch die privaten Investitionen haben sich deutlich erhöht. Anregend wirkten vor allem die Ende Dezember und Mitte März beschlossenen Hilfs- und Stimulierungspakete im Gesamtumfang von mehr als zweieinhalb Billionen US-Dollar, die die Einkommen der Haushalte deutlich erhöht haben. Diese Pakete beinhalten unter anderem Einmalzahlungen an Personen mit geringem und mittlerem Einkommen sowie eine Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung um wöchentlich 300 Dollar bis September.

Die wirtschaftliche Stimmungslage hat sich zudem dadurch verbessert, dass das US-Impfprogramm im internationalen Vergleich gut vorangekommen ist. Die Corona-Neuinfektionen erreichten Mitte Januar ihren Höhepunkt und haben sich seitdem deutlich verringert. Die verschiedenen Eindämmungsmaßnahmen sind schrittweise gelockert und in einigen Bundesstaaten bereits größtenteils aufgehoben worden. Diese Lockerungen und die expansive Finanzpolitik werden die Binnennachfrage im Sommer wohl deutlich stimulieren. Damit wird sich auch die Lage am Arbeitsmarkt weiter verbessern. Im Mai betrug die Arbeitslosenquote nur noch

Abbildung 4

USA auf einen Blick: Prognose und Frühindikatoren

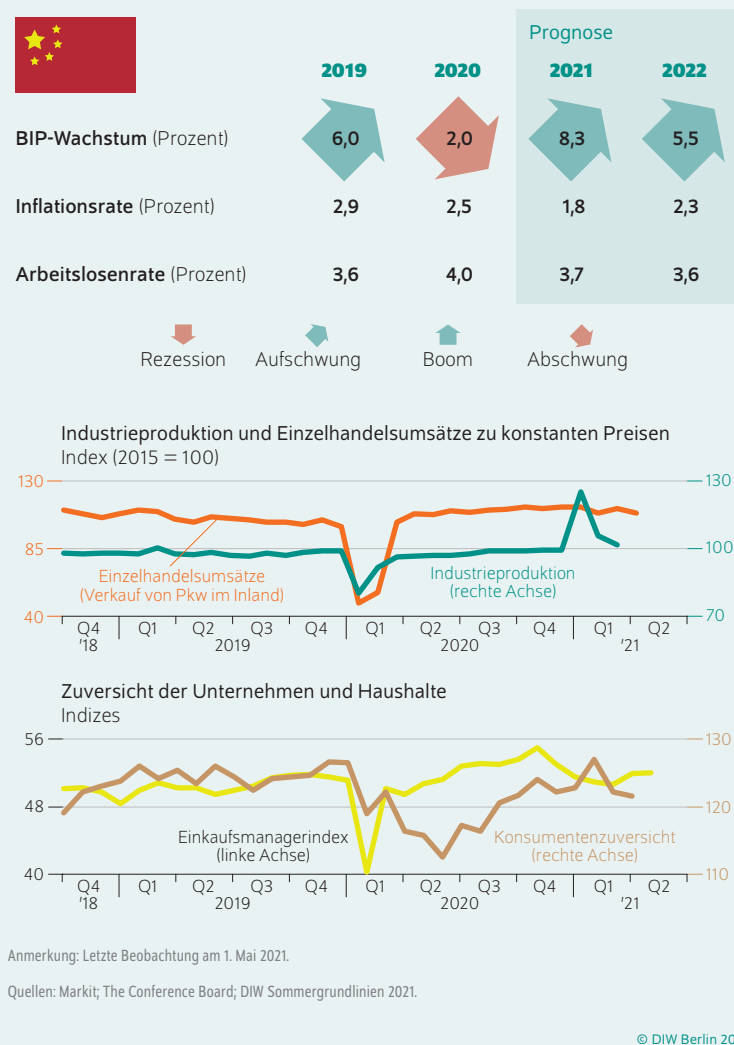


5,8 Prozent, nachdem sie im April 2020 während der ersten Pandemiewelle zwischenzeitlich noch bei 14,7 Prozent gelegen hatte. Die Inflation dürfte im Jahresdurchschnitt auf dreieinhalb Prozent in Vorjahresvergleich klettern. Dies ist allerdings zu einem größeren Teil auf die zuletzt wieder angestiegenen Erdölpreise und das für die Verbraucherpreise niedrige Niveau im Frühjahr 2020 zurückzuführen. Es ist daher damit zu rechnen, dass die US-Notenbank im Sommer keine konkreten Zinsschritte einleitet, sondern Hinweise darauf geben wird, wie sie die Geldpolitik allmählich weniger expansiv ausrichten will. Alles in allem wird die US-Wirtschaft im laufenden Jahr wohl um 6,9 Prozent zulegen. Im Jahr 2022 dürfte die Wachstumsrate bei 3,7 Prozent liegen (Abbildung 4).

Im ersten Quartal 2021 hat die Wirtschaftsleistung in **China** im Quartalsvergleich nur um 0,6 Prozent zugelegt. In den drei Quartalen zuvor war das Bruttoinlandsprodukt nach dem pandemiebedingten Einbruch Anfang 2020 noch deutlich kräftiger gestiegen. Während China die Ausbreitung

Abbildung 5

China auf einen Blick: Prognose und Frühindikatoren



der Coronapandemie im Land verhindern konnte, verlief das Impfprogramm im internationalen Vergleich zunächst eher schleppend. Dies führt unter anderem dazu, dass der internationale Reiseverkehr bislang stark eingeschränkt bleibt. Zuletzt wurde die Impfkampagne erheblich ausgeweitet, so dass wie in anderen Ländern auch Lockerungen der Beschränkungen des internationalen Personenverkehrs zu erwarten sind. Das chinesische Wirtschaftswachstum wird weiterhin zu einem bedeutenden Teil durch Infrastrukturinvestitionen und die rege Auslandsnachfrage gestützt, die die Bautätigkeit und die Ausrüstungsinvestitionen stimulieren. Die Erholung des privaten Konsums verläuft bislang langsam, dürfte aber im Laufe dieses Jahres etwas an Fahrt gewinnen. Dämpfend auf die chinesische Wirtschaft wirkt die hohe Verschuldung der Unternehmen und die Schiefelage einiger Finanzinstitute, was während der Pandemie auch den geldpolitischen Spielraum der Zentralbank eingeschränkt hat. Angesichts einer stetigen wirtschaftlichen Expansion ist damit zu rechnen, dass die Geld- und Finanzpolitik im Laufe des Prognosezeitraums allmählich weniger

expansiv werden. Alles in allem dürfte die Wachstumsrate des Bruttoinlandsprodukts im laufenden Jahr bei 8,3 Prozent liegen. Im Jahr 2022 wird die chinesische Wirtschaft wohl um 5,5 Prozent zulegen (Abbildung 5).

Die dritte Corona-Infektionswelle hat die Binnenwirtschaft im Euroraum zuletzt massiv gelähmt und die Währungsunion in eine technische Rezession geführt. Nachdem die Produktion bereits Ende 2020 unter der zweiten Corona-Infektionswelle zum Erliegen kam (minus 0,7 Prozent), ist sie im ersten Quartal 2021 um weitere 0,6 Prozent geschrumpft. Die Einbußen waren allerdings deutlich geringer als im Frühjahr vergangenen Jahres. Das dürfte daran liegen, dass betroffene Wirtschaftszweige bereits vor den vergangenen zwei Infektionswellen bei Unterauslastung produzierten und teilweise auch auf kontaktloses Angebot umgestellt hatten. Mit sinkenden Infektionszahlen, schrittweisen Lockerungen und der Aufhebung von Reisebeschränkungen dürfte sich die Binnenwirtschaft wieder beleben und auch Tourismus weitgehend wieder möglich sein. Die verbesserte Infektionslage hellte zuletzt die Stimmung der VerbraucherInnen und der UnternehmerInnen auf. Auch steigende Impfraten trugen vermutlich zur Zuversicht bei. Nach dem schleppenden Impfstart in der gesamten Europäischen Union (EU)² haben mittlerweile mehr als 40 Prozent der Einwohner ihre Erstimpfung und mehr als 20 Prozent den vollständigen Impfschutz erhalten, die Immunisierungsrate wächst beständig. Damit dürfte der private Konsum mit Lockerung der Restriktionen im Sommer wieder in Schwung kommen und vertagte Ausgaben vom vergangenen Winter und Frühjahr wohl teilweise nachgeholt werden.

Die Industrie konnte ihre Produktion angesichts einer anziehenden Export- als auch Binnennachfrage weiter ausweiten. Mit einer zunehmenden Eindämmung der Pandemie dürften sich die globalen Lieferketten weiter stabilisieren. Die Kapazitätsauslastung ist gestiegen, sie liegt in den größten Ländern und im Euroraum bei insgesamt 83 Prozent und damit knapp über Vorkrisenniveau. Entsprechend dürften die Unternehmensinvestitionen ihr solides Wachstum im Prognosezeitraum fortsetzen, wenn auch mit kleineren Raten.

Die Unternehmensinvestitionen dürften auch durch weiterhin günstige Finanzierungsbedingungen gestützt werden. So wird die Geldpolitik der Europäischen Zentralbank im Prognosezeitraum weiterhin expansiv ausgerichtet bleiben – trotz der zuletzt wieder angezogen Verbraucherpreise. Die jährliche Inflation im Euroraum stieg im Mai 2021 im Vergleich zum Vorjahr auf zwei Prozent. Allerdings dürften sich die Preise ab dem Sommer weitaus weniger stark erhöhen als noch zu Jahresbeginn. Zum einen ist die kräftige Teuerung auf steigende Energie- und Nahrungsmittelpreise und temporäre Effekte wie die Mehrwertsteuersatzänderungen in Deutschland zurückzuführen. Zum anderen dürfte der anhaltend schwache Lohndruck die Preissteigerung bremsen. Insgesamt wird die jährliche Inflation im

² Vgl. DIW Wochenbericht Nr. 11/2021, Kasten 1 (online verfügbar).

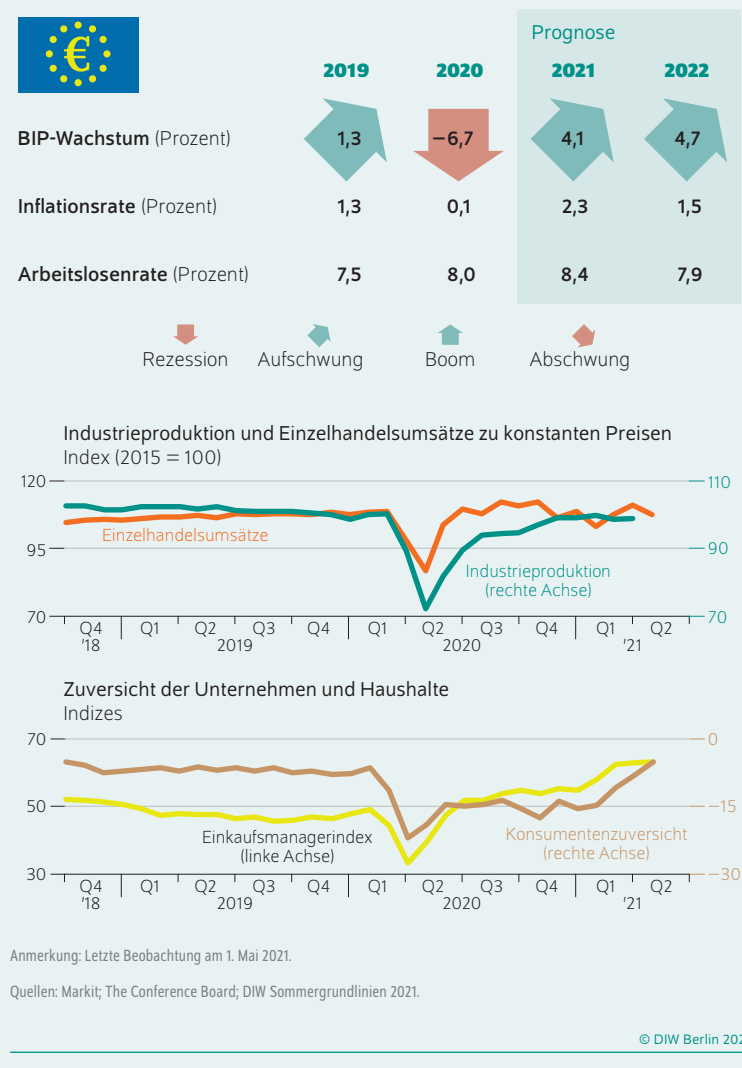
Euroraum im laufenden Jahr voraussichtlich 2,3 Prozent und im kommenden 1,5 Prozent betragen. Die Arbeitslosenzahlen werden im laufenden Jahr wohl zunächst etwas ansteigen, wenn die Unterstützungsprogramme Schritt für Schritt auslaufen. Derzeit steigen zwar die Beschäftigungszahlen wieder leicht an, jedoch in geringerem Maße als die Partizipationsrate auf dem Arbeitsmarkt. Im kommenden Jahr dürften die Arbeitslosenquoten im Zuge des wirtschaftlichen Aufschwungs wieder stärker sinken (Abbildung 6).

Zusätzliche finanzpolitische Impulse dürften der wirtschaftlichen Erholung im Euroraum Schwung verleihen. Viele Regierungen kündigten eine Verlängerung finanzpolitischer Maßnahmen oder zusätzliche nationale Hilfspakete an. In Frankreich wurde beispielsweise das Kurzarbeitergeld bis Ende September 2021 ausgeweitet und ein Lohnkostenbeitrag für Dienstleistungsunternehmen im Gaststättengewerbe, Tourismus, Catering und Veranstaltungssektor in Höhe der bezahlten Urlaubstage von Arbeitnehmern beschlossen. Für 2021 hat Italien ein Maßnahmenpaket in Höhe von 21 Milliarden Euro verabschiedet und das Kündigungsverbot für Unternehmen bis September 2021 verlängert.³ Ein Großteil der Hilfen sind für Unternehmen, Selbstständige und SaisonarbeiterInnen vorgesehen und umfassen unter anderem auch die Ausweitung des Kurzarbeitergeldes bis Ende 2021. Zusätzliche Unterstützung könnten die Länder des Euroraums ab Ende Juli dieses Jahres im Rahmen der Aufbau- und Resilienzfaszilität erhalten – und zwar in einem Umfang von bis zu 13 Prozent der jeweiligen Länderpläne von insgesamt 34 Milliarden Euro. Das Programm umfasst finanzielle Zuschüsse für den Euroraum von insgesamt 273 Milliarden Euro bis zum Jahr 2026. Ab dem Sommer sollte die Wirtschaft im Euroraum mit kräftigen Raten wachsen und sich der Aufschwung im folgenden Jahr fortsetzen. So dürfte das Wirtschaftswachstum im Euroraum 2021 bei 4,1 Prozent und 2022 bei 4,7 Prozent liegen.

In **Japan** schrumpfte das Bruttoinlandsprodukt im ersten Quartal 2021 gegenüber dem Vorquartal deutlich um 1,3 Prozent. Da die Zahl der Corona-Fälle im Winter stieg, wurden die Eindämmungsmaßnahmen verschärft. Dies hat insbesondere den privaten Konsum verringert. Aufgrund leicht gestiegener Corona-Fallzahlen und bislang schleppender Impfkampagne bleiben verschiedene Eindämmungsmaßnahmen bestehen. Sie sind für einzelne Regionen sogar wieder verschärft worden. Dies wird wohl die Binnennachfrage auch im zweiten Quartal dämpfen. Gestützt wird die wirtschaftliche Entwicklung hingegen von der kräftigen Auslandsnachfrage, vor allem aus China und den USA. Ab dem dritten Quartal dürfte die japanische Wirtschaft im Zuge eines allmählichen Abflauens der Pandemie deutlich zulegen. Die stimulierenden Effekte der expansiven Geld- und Finanzpolitik kommen dann auch wieder mehr zum Tragen. Die Olympischen Sommerspiele werden wie geplant Ende Juli in Tokio eröffnet werden. Pandemiebedingt werden aber

Abbildung 6

Euroraum auf einen Blick: Prognose und Frühindikatoren

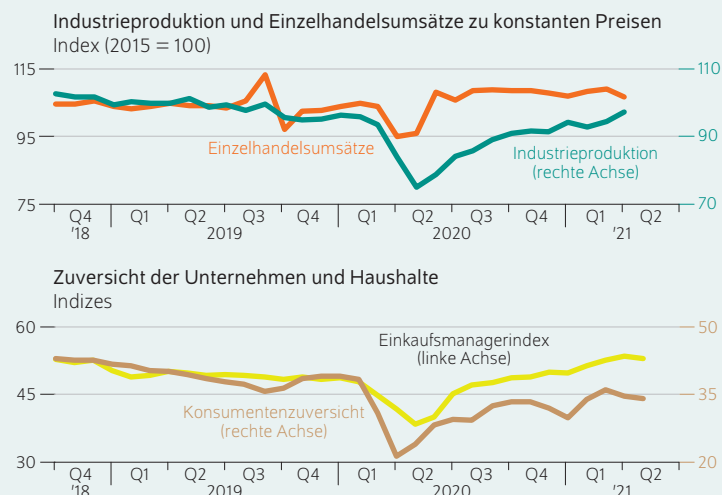
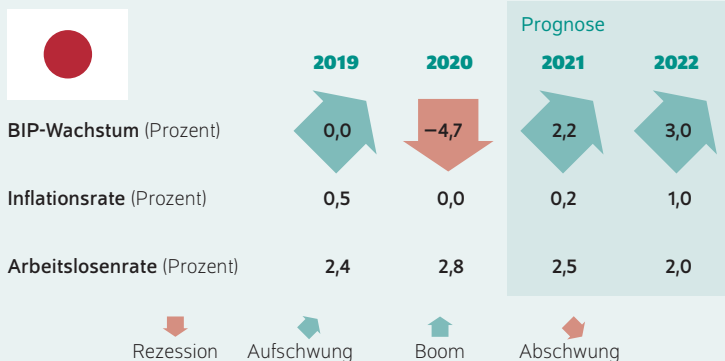


so gut wie keine ausländischen Gäste einreisen; die Exporte und der private Konsum werden so kaum stimuliert. Zusammengefasst wird die japanische Wirtschaft im laufenden Jahr voraussichtlich nur um 2,2 Prozent zulegen. Im Jahr 2022 dürfte die Wachstumsrate bei 3,0 Prozent liegen (Abbildung 7).

³ Auch die spanische Regierung hat den Kündigungsschutz auf das laufende Jahr ausgeweitet und ein Hilfspaket über elf Milliarden Euro angekündigt. Die Niederlande haben ihr Notfallpaket für 2021 im Mai auf 35,8 Milliarden Euro aufgestockt.

Abbildung 7

Japan auf einen Blick: Prognose und Frühindikatoren



Anmerkung: Letzte Beobachtung am 1. Mai 2021.

Quellen: Markit; The Conference Board; DIW Sommergrundlinien 2021.

© DIW Berlin 2021

Claus Michelsen ist Leiter der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | cmichelsen@diw.de

Guido Baldi ist Gastwissenschaftler in der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | gbaldi@diw.de

Geraldine Dany-Knedlik ist wissenschaftliche Mitarbeiterin der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | gdanyknedlik@diw.de

Hella Engerer ist wissenschaftliche Mitarbeiterin der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | hengerer@diw.de

Sandra Pasch ist wissenschaftliche Mitarbeiterin der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | spasch@diw.de

JEL: E32, E66, F01

Keywords: Business cycle forecast, economic outlook Kolumne: Weltwirtschaft

This report is also available in an English version as DIW Weekly Report 23+24/2021:

www.diw.de/diw_weekly


Deutsche Wirtschaft: Konjunkturmotor springt an, aber Unwucht im Getriebe

Von Claus Michelsen, Marius Clemens, Max Hanisch, Simon Junker und Laura Pagenhardt

ABSTRACT

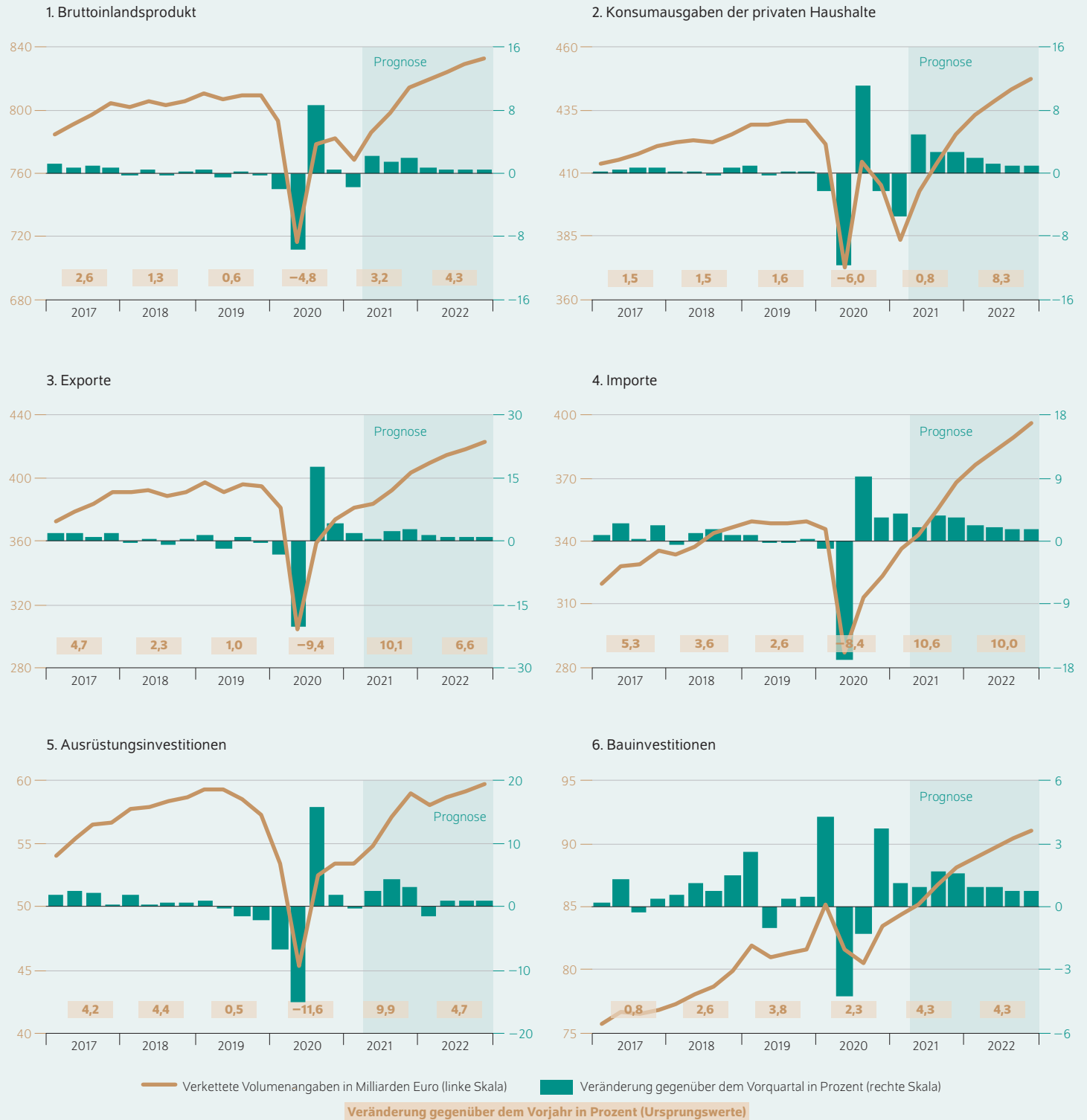
Nach langen coronabedingten Lockdowns erwacht die deutsche Wirtschaft nach und nach aus ihrem Winterschlaf. Da immer mehr Menschen geimpft sind und die Infektionszahlen fallen, können viele Branchen wieder auf einen normaleren Geschäftsbetrieb hoffen, allen voran die gebeutelten Dienstleistungsfirmen etwa in der Kultur- und Veranstaltungsbranche und die Reiseveranstalter. Die Industrie, die besser durch die vergangenen Monate kam als während des ersten Lockdowns im Vorjahr, wird hingegen durch die sich zuspitzende Rohstoffknappheit gebremst. Dennoch ist mit 3,2 Prozent für dieses und 4,3 Prozent für nächstes Jahr ein etwas höheres Wachstum der hiesigen Wirtschaftsleistung zu erwarten als noch im Frühjahr. Die Prognose ist aber nach wie vor mit erheblicher Unsicherheit behaftet. Ein erneut aufflammendes Infektionsgeschehen könnte genauso zu Rückschlägen führen wie eine massive Insolvenzwelle. Es könnte aber auch besser laufen, wenn die Infektionszahlen niedrig bleiben und der private Konsum schneller und nachhaltiger auf Touren kommt als gedacht.

Nach dem Abflachen der dritten Corona-Infektionswelle begibt sich die deutsche Wirtschaft auf Erholungskurs. Die von den Lockdowns betroffenen Bereiche fahren ihren Betrieb wieder hoch und die kräftige Weltkonjunktur führt zu einer regen Nachfrage nach Produkten „Made in Germany“. Die Wirtschaft hat die Geschäftsschließungen und Einschränkungen des gesellschaftlichen Lebens in den vergangenen Monaten besser verkraftet als den Lockdown während der ersten Corona-Welle. Das liegt vor allem daran, dass die Industrie ihre Produktion aufrechterhalten konnte. Bei sinkenden Infektionszahlen und mit fortschreitenden Impfungen wird auch im Sommer dieses Jahres in vielen Dienstleistungsbranchen mehr und mehr Aktivität möglich sein und damit eine wirtschaftliche Erholung einsetzen. Diese dürfte allerdings zäher verlaufen als die rasante Aufholjagd im vergangenen Jahr: Nach wie vor sind in Deutschland nicht ausreichend viele Menschen geimpft, sodass durch die aktuellen Öffnungen – anders als im vergangenen Sommer – erneut steigende Infektionszahlen zu erwarten sind und folglich zumindest regional Lockerungen wieder zurückgenommen werden müssen. Zu erwarten ist daher bis Ende des Sommers ein Stop-and-Go aus Öffnungen und Einschränkungen. Dennoch wird das Bruttoinlandsprodukt im weiteren Jahresverlauf mit kräftigen Raten zulegen (Abbildung 1). Gleichwohl bleibt die Wirtschaft trotz eines Wachstums von 3,2 Prozent in diesem Jahr (Tabelle 1) weiterhin noch merklich unterausgelastet (Abbildung 2). Erst im kommenden Jahr wird, bei einem jahresdurchschnittlichen Plus von 4,3 Prozent, die Normalauslastung erreicht. Zu berücksichtigen ist allerdings, dass die Krise nachhaltigen Schaden hinterlässt: So drücken etwa unterlassene Investitionen, fehlende Innovationen und Gründungen, Verwerfungen auf dem Arbeitsmarkt und bei der (Aus-)Bildung sowie die Aufgabe von Betrieben, die erst nach und nach ersetzt werden können, das Potenzial um fast zwei Prozent unter das Niveau, das noch vor der Krise zu erwarten war (Abbildung 3).

Abbildung 1

Bruttoinlandsprodukt und wichtige Komponenten

Saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf

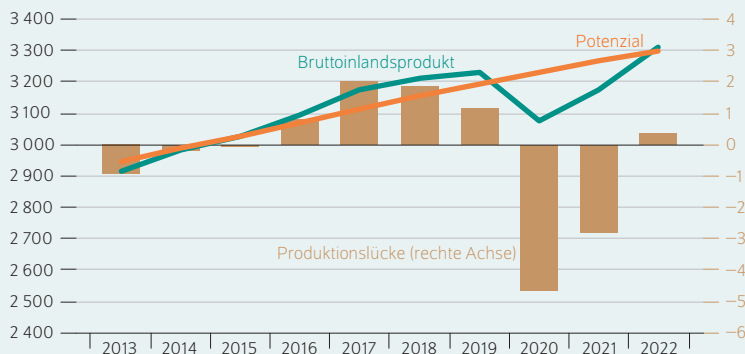


Quelle: Statistisches Bundesamt; DIW Sommergrundlinien 2021. Prognose ab dem zweiten Quartal 2021.

Abbildung 2

Bruttoinlandsprodukt und Potenzial bzw. Produktionslücke

In Milliarden Euro bzw. Prozent des Potenzials



Quelle: DIW Sommergrundlinien 2021.

© DIW Berlin 2021

Coronabedingt liegt das Bruttoinlandsprodukt deutlich unter seinem Potenzial.

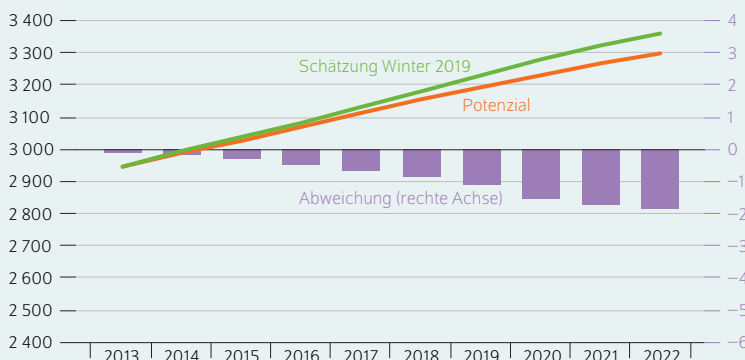
länger in Kraft waren und teilweise noch sind als im vergangenen Jahr. Mit fortschreitenden Impfungen kommt eine Rückkehr zur Normalität in greifbare Nähe, wenngleich Öffnungsschritte wohl wieder mit steigenden Inzidenzen einhergehen dürften. Zumindest regional steht dies vorerst einem vollständigen Verzicht auf viele Maßnahmen des Infektionsschutzes entgegen. Unterstellt wird für die vorliegende Prognose, dass die Inzidenzzahlen (erst) ab dem Spätsommer dauerhaft so niedrig gehalten werden können, dass alle Branchen wieder zu einem regulären Betrieb zurückkehren (Kasten 1). Ausgegangen wird zudem davon, dass die Kapazitäten in der Dienstleistungsbranche – trotz deutlich steigender Insolvenzen – in etwa erhalten bleiben oder zumindest schnell wieder aufgebaut werden können.

In der **Industrie** setzt sich indes der Aufwärtstrend unter erschwerten Bedingungen fort. Im Vergleich zur DIW-Konjunkturprognose aus dem Frühjahr ist mit einer verzögerten Dynamik zu rechnen. Obwohl die Nachfrage kräftig bleibt, war die Produktion zuletzt etwas gedämpft (Kasten 2). Immer mehr Produzenten bekommen Knappheiten auf den internationalen Rohstoffmärkten zu spüren. Weltweit hat die Krise das Zusammenspiel von Angebot und Nachfrage aus dem Takt gebracht. Einer rasant anziehenden Weltkonjunktur steht vorerst noch ein eingeschränktes Angebot an Rohstoffen und wichtigen Vorleistungsgütern gegenüber. Dies liegt wohl an Verwerfungen durch die Krise: Nicht zuletzt bedingt durch die stark rückläufige Nachfrage sowie hohe Infektionszahlen wurden in vielen Ländern im vergangenen Jahr die Förderaktivitäten eingeschränkt und Produktionen zurückgefahren. Hinzu kommen die längerfristigen Auswirkungen von Störfällen, beispielsweise den Waldbränden in Kalifornien und der Havarie im Suez-Kanal. Dies dürfte die Produktion hierzulande für einige Zeit hemmen (Abbildung 4). Unterstellt wird, dass das globale Angebot an Vorleistungsgütern bis in den Spätsommer wieder in ausreichendem Maße hochgefahren wird. Die deutsche Industrie wird dann ihre Stärken ausspielen und die zuvor ausgefallene Produktion zumindest weitgehend nachholen. Die industrielle Wertschöpfung wird alles in allem zunächst verhalten ausfallen, dafür aber im zweiten Halbjahr umso dynamischer ausgeweitet werden (Tabelle 2).

Abbildung 3

Aktuelle Schätzung des Produktionspotenzials im Vergleich zum Winter 2019

In Milliarden Euro, Abweichung in Prozent des Potenzials



Quelle: DIW Sommergrundlinien 2021.

© DIW Berlin 2021

Die Corona-Krise reißt dauerhafte Lücken in das Produktionspotenzial.

Für die **DienstleisterInnen** zeichnet sich eine etwas günstigere Entwicklung ab als in der Frühjahrsprognose¹ erwartet wurde. Viele Betriebe, die von den Lockdowns betroffen sind, haben sich offenbar erfolgreich auf einen Geschäftsbetrieb unter Pandemiebedingungen eingestellt. Selbst stark eingeschränkte Bereiche, etwa das Gastgewerbe, haben im Auftaktquartal mehr zur Wirtschaftsleistung beigetragen als während der ersten Corona-Welle, obwohl die Maßnahmen

¹ Vgl. Claus Michelsen et al. (2021): Deutsche Wirtschaft zwischen Lockdown und Normalität: Grundlinien der Wirtschaftsentwicklung im Frühjahr 2021. DIW Wochenbericht Nr. 11, 190–208 (online verfügbar; abgerufen am 11. Juni 2021).

Tabelle 1

Eckdaten zur Wirtschaftsentwicklung in Deutschland

	2017	2018	2019	2020	2021	2022
Reales Bruttoinlandsprodukt ¹ (Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent)	2,6	1,3	0,6	-4,8	3,2	4,3
Erwerbstätige im Inland (1 000 Personen)	44 262	44 868	45 269	44 818	44 741	45 084
Erwerbslose, ILO	1 621	1 468	1 373	1 846	1 901	1 631
Arbeitslose, BA	2 533	2 340	2 267	2 695	2 666	2 327
Erwerbslosenquote, ILO ²	3,8	3,4	3,2	4,2	4,3	3,7
Arbeitslosenquote, BA ²	5,7	5,2	5,0	5,9	5,8	5,1
Verbraucherpreise ³	1,5	1,8	1,4	0,5	2,7	1,8
Lohnstückkosten ⁴	1,1	2,8	3,2	4,2	0,2	0,0
Finanzierungssaldo des Staates ⁵						
in Milliarden Euro	44,4	61,6	52,5	-149,2	-160,7	-79,4
in Prozent des BIP	1,4	1,8	1,5	-4,5	-4,5	-2,1
Leistungsbilanzsaldo in Prozent des BIP	7,8	7,9	7,5	7,0	6,6	5,4

1 In Preisen des Vorjahres.

2 Bezogen auf die inländischen Erwerbspersonen insgesamt (ILO) beziehungsweise zivilen Erwerbspersonen (BA).

3 Verbraucherpreisindex.

4 Im Inland entstandene Arbeitnehmerentgelte je Arbeitnehmerstunde bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt in Preisen des Vorjahres je Erwerbstätigenstunde.

5 In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (ESVG).

Quellen: Angaben nationaler und internationaler Institutionen; DIW Sommergrundlinien 2021; Prognose ab 2021.

© DIW Berlin 2021

Tabelle 2

Quartalsdaten zur Entwicklung der Verwendungs- und Entstehungskomponenten des realen Bruttoinlandsprodukts

Veränderung gegenüber dem Vorquartal in Prozent; saison- und kalenderbereinigt

	2020				2021				2022			
	I	II	III	IV	I	II	III	IV	I	II	III	IV
Privater Verbrauch	-2,2	-11,5	11,2	-2,3	-5,4	5,0	2,8	2,7	1,9	1,2	1,0	1,0
Öffentliche Konsumausgaben	1,1	1,3	1,0	0,1	0,2	0,3	0,5	0,3	0,2	0,2	0,1	0,1
Bruttoanlageinvestitionen	-0,4	-6,7	3,7	2,5	0,3	1,4	2,3	1,9	0,2	0,9	0,8	0,8
Bauten	4,3	-4,3	-1,3	3,7	1,1	0,9	1,7	1,6	0,9	0,9	0,8	0,7
Ausrüstungen	-6,8	-15,1	15,9	1,9	-0,2	2,6	4,3	3,2	-1,4	1,1	0,9	0,9
Sonstige Investitionen	-2,5	0,2	0,9	0,1	-1,6	0,8	0,8	0,8	0,8	0,8	0,8	0,8
Lagerveränderung ¹	0,1	-0,1	-1,9	0,5	1,4	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Inländische Verwendung	-1,0	-7,6	5,1	-0,2	-1,3	3,0	2,2	2,0	1,1	0,9	0,8	0,8
Außenbeitrag ¹	-1,1	-2,4	3,8	0,7	-0,6	-0,5	-0,4	0,0	-0,3	-0,2	-0,2	-0,2
Export	-3,3	-20,4	17,9	4,4	1,8	0,6	2,2	3,1	1,4	1,2	1,1	1,1
Import	-1,1	-16,9	9,2	3,3	3,8	1,9	3,7	3,4	2,3	1,9	1,7	1,7
Bruttoinlandsprodukt	-2,0	-9,7	8,7	0,5	-1,8	2,3	1,6	1,9	0,7	0,6	0,5	0,5
Bruttowertschöpfung	-1,6	-10,3	8,3	0,5	-0,8	2,3	1,6	1,9	0,7	0,6	0,5	0,5
Verarbeitendes Gewerbe	-3,6	-18,6	14,4	6,6	0,4	-0,5	2,0	3,1	1,3	0,9	0,8	0,8
Baugewerbe	4,1	-3,0	-3,0	9,1	-4,9	1,6	1,7	1,5	0,9	0,8	0,8	0,8
Handel, Gastgewerbe, Verkehr	-1,1	-14,0	13,7	-2,3	-3,2	5,3	2,8	3,0	0,7	0,7	0,4	0,4
Unternehmensdienstleister	-1,8	-11,1	4,6	1,4	0,0	1,1	1,5	2,2	0,7	0,7	0,5	0,5
Öffentliche Dienstleistungen, Erziehung, Gesundheit	-1,4	-7,6	9,7	-3,9	-0,3	3,9	1,0	0,8	0,4	0,4	0,4	0,4

1 Wachstumsbeitrag in Prozentpunkten.

Quelle: Statistisches Bundesamt; DIW Sommergrundlinien 2021, Prognose ab dem zweiten Quartal 2021.

© DIW Berlin 2021

Kasten 1

Annahmen zum Pandemieverlauf

Die wirtschaftliche Entwicklung während der Pandemie ist an den Infektionsverlauf gekoppelt. Bereits im Frühjahr zeichnete sich ab, dass der gerade überwundenen zweiten Welle eine dritte folgen würde – auch wegen der zunehmenden Verbreitung von Mutationen. Tatsächlich ging die Inzidenz wie damals unterstellt in die Höhe, konnte aber nicht so rasch eingedämmt werden, wie auf Grundlage der politischen Beschlüsse von Anfang März zu erwarten gewesen war. Erst zum Zeitpunkt der Einführung der Bundesnotbremse sind die Zahlen gesunken – dann aber in etwa so wie unterstellt. Entsprechend wurde der für Mitte Mai erwartete niedrige Wert erst Anfang Juni erreicht. Anders als im Frühjahr

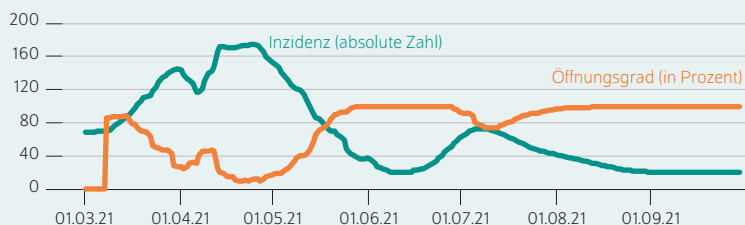
unterstellt, ist mit den mittlerweile eingesetzten Öffnungen aber noch kein Wiederaufflammen des Infektionsgeschehens einhergegangen. Für die vorliegende Prognose wird dies aber unterstellt, wenngleich der vorübergehende Wiederanstieg der Inzidenzzahlen bis Mitte Juli verglichen mit den vorigen Wellen moderat ausfällt (Abbildung) und auch von einer raschen Eindämmung ausgegangen wird.

Die bundesweit annahmegemäß bis etwa Mitte Juli steigenden Inzidenzen dürften, wie in den vergangenen Monaten, sehr unterschiedlichen Inzidenzniveaus in den 412 einzelnen Kreisen entsprechen. Angenommen wird, dass sich ausgehend von den aktuellen Werten die Inzidenz in allen Kreisen proportional zum Bundesdurchschnitt entwickelt. Damit bleiben die Fallzahlen in derzeit stärker betroffenen Kreisen im Vergleich höher und umgekehrt.

Für alle Kreise werden die so fortgeschriebenen Inzidenzen gemäß der März-Beschlüsse sowie der Bundesnotbremse in die von der Politik vorgegebenen Öffnungsstufen übertragen. Damit liegen für jeden Tag – betrachtet wird hier das gesamte Sommerhalbjahr – Informationen auf Ebene der Kreise darüber vor, welche Bereiche noch eingeschränkt sind. Auf dieser Grundlage können für betroffene Wirtschaftszweige relevante Öffnungsstufen betrachtet und mit dem Bevölkerungsanteil, für den diese Stufe annahmegemäß möglich ist, in Relation gesetzt werden. Beispielsweise sind Freizeitveranstaltungen im Außenbereich erst zugelassen, wenn die Inzidenzzahlen für mindestens einen Monat stabil unter 50 liegen. Bei dem hier unterstellten Inzidenzverlauf dürfte dies in der zweiten Julihälfte nur für etwa ein Viertel der Kreise der Fall sein, im August werden dann mehr und mehr hinzukommen.

Abbildung

Inzidenz und Öffnungsgrad



1 Öffnungsgrad gemessen als Bevölkerungsanteil, der annahmegemäß in einem Kreis ansässig ist, welcher einen der Öffnungsschritte vornehmen kann. Diese Schritte basieren auf den Beschlüssen der MPK vom 3. März und erfordern – zeitlich gestaffelt – eine stabil niedrige Inzidenz von unter 50 bzw. 100. Annahmen zum Inzidenzverlauf ab 9. Juni (Datenstand: 8. Juni).

Quelle: DIW Sommergrundlinien 2021.

© DIW Berlin 2021

Der Anstieg der Inzidenzen im Frühsommer drosselt das Öffnungstempo.

können. Entsprechend langsam erholen sich Geschäftsreisen nach Deutschland. Umso stärker dürfte sich kurzfristig die inländische Reiseaktivität entwickeln.

Die Corona-Krise hat den **Arbeitsmarkt** im Zuge der Lockdowns spürbar belastet. Wie auch im Frühjahr 2020 begegneten die Unternehmen der eingeschränkten Geschäftstätigkeit vor allem durch den Einsatz von **Kurzarbeit**: Die Zahl der Kurzarbeitenden stieg um den Jahreswechsel auf fast 3,3 Millionen im Februar, stärker als es sich im Rahmen der Frühjahrsprognose noch andeutete. Im März sank sie aber bereits deutlich um 663 000 Personen. Die ebenfalls abflachende Zahl der Anmeldungen von Kurzarbeit spricht dafür, dass diese im Folgenden mehr und mehr abgebaut wird. Im Jahresdurchschnitt dürften 2021 rund 1,7 Millionen Menschen auf Kurzarbeit angewiesen sein – nach 2,8 Millionen im Jahr 2020. Im Herbst sollen die pandemiebedingten Sonderregelungen auslaufen. Im kommenden Jahr schmilzt die Kurzarbeit auf das üblicherweise geringere Niveau. Der Jahresdurchschnitt liegt dann bei 0,2 Millionen KurzarbeiterInnen. Die Rücknahme der Kurzarbeit trägt damit einen

guten Teil zum Arbeitseinsatz bei, der zur merklichen Ausweitung der Wertschöpfung in den verbleibenden Quartalen dieses Jahres erforderlich ist.

Aber auch die Zahl der **Erwerbstätigen** dürfte mit der Aussicht auf ein baldiges Ende der Pandemie nun kräftiger ausgeweitet werden (Tabelle 3). Bislang konnte sie sich kaum vom Einbruch des vergangenen Frühjahrs erholen. Zwar steigt die Beschäftigung im sozialversicherungspflichtigen Bereich, allerdings nur in einzelnen Branchen (Abbildung 6). So stellen etwa die Baubranche sowie der öffentliche Bereich und der Gesundheitssektor aktuell in erheblichem Umfang ein; im verarbeitenden Gewerbe, ebenso wie in den von der Krise besonders betroffenen Branchen wie dem Handel, Gastgewerbe und den sonstigen Dienstleistern (beispielsweise FriseurInnen und ArbeitnehmerInnen im Kunst-, Sport- oder Veranstaltungsbereich), war die Beschäftigung dagegen zuletzt rückläufig. Dazu kommen weiterhin stark sinkende Zahlen bei den Selbstständigen. Die Zahl der MinijobberInnen ist im Zuge des neuerlichen Lockdowns gar unter den Tiefstand des vergangenen Jahres

gefallen und wird im Folgenden wohl nur verhalten zunehmen. Aufgrund dieser Dynamik dürfte die Beschäftigung im ersten Halbjahr auf dem Niveau des zweiten Halbjahrs 2020 stagnieren und im Jahresdurchschnitt sogar um 76 000 Personen geringer ausfallen als im Vorjahr. Dank der kräftigen Dynamik im weiteren Verlauf wird die Zahl der Erwerbstätigen jedoch im kommenden Jahr um 340 000 Personen steigen. Die **Arbeitslosigkeit** sinkt dieses Jahr entsprechend verhalten, auf 5,8 Prozent, baut sich im Durchschnitt des kommenden Jahres aber deutlich ab, auf dann 5,1 Prozent.

Der **Lohnauftrieb** konnte bis zuletzt annähernd an den soliden Anstieg vor der Krise anknüpfen und überstieg die tariflich vereinbarten Zuwächse, die unter dem Eindruck der Krise verhaltener ausfielen, merklich. Aufgrund der in vielen Bereichen langen Tarifaufzeiten wird sich diese Zurückhaltung insbesondere im diesjährigen Tarifanstieg bemerkbar machen (Tabelle 4). Die Lohndrift, also der rechnerische Aufschlag auf die Tarifabschlüsse, dürfte auch in diesem Jahr positiv bleiben, wenn auch nicht so deutlich wie im vergangenen Jahr. Dazu dürfte beigetragen haben, dass insbesondere geringfügig Beschäftigte ihren Job verloren haben – und damit überwiegend ArbeitnehmerInnen aus der Berechnung herausgefallen sind, die unterdurchschnittlich entlohnt werden. Dies wird sich mit der erneuten Ausweitung der Minijobs zwar wieder umkehren, angesichts der kurzfristig relativ kräftigeren Zunahme der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung aber nur zu einem Teil. Damit werden die je Stunde entrichteten Löhne in diesem Jahr deutlich, um über zweieinhalb Prozent, und im kommenden Jahr um knapp zwei Prozent zulegen. Je Beschäftigten fallen die Lohnzuwächse in beiden Jahren zwar erheblich kräftiger aus, dies liegt aber an der Rücknahme der Kurzarbeit: ArbeitnehmerInnen, die wieder ihre reguläre Arbeitszeit leisten, bekommen statt des (geringeren) Kurzarbeitergeldes auch wieder ihren Lohn.

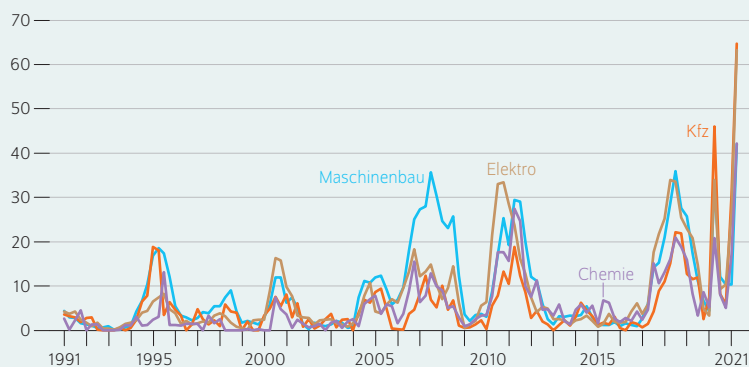
Die **Inflation** bleibt über den gesamten Prognosezeitraum betrachtet moderat. Dieses Jahr fällt sie mit gut zweieinhalb Prozent allerdings deutlich überdurchschnittlich aus. Bereits im Frühjahr zeichnete sich eine hohe Inflation ab, denn die Absenkung der Mehrwertsteuer im vergangenen Jahr wurde zum Jahresbeginn zurückgenommen. Besonders wird sich dies bemerkbar machen, wenn ab Juli die Preise zu aktuellen Steuersätzen mit den niedrigeren des vergangenen Jahres verglichen werden. Hinzu kommt, dass sich im Zuge der weltweit aufhellenden Konjunktur der Ölpreis erholt hat. Deswegen übersteigen die Energiepreise die Vorjahreswerte deutlich – zuletzt mit zweistelligen Zuwächsen sogar mehr als bislang erwartet. Auch deswegen lag die Teuerung im Mai mit 2,5 Prozent schon recht hoch, die Kernrate – die Teuerung ohne die Energiepreise – ist aber mit gut anderthalb Prozent deutlich moderater.

Zu einer höheren Teuerung tragen nunmehr weitere, wenn auch vorübergehende externe Faktoren bei: Jüngst haben sich Rohstoffe und viele Vorleistungsgüter rasant verteuert. Neben Engpässen wie der Blockade des Suez-Kanals dürfte dies auf die boomenden Wirtschaften insbesondere

Abbildung 4

Materialknappheit

Anteil betroffener Unternehmen in Prozent



Quelle: ifo Institut.

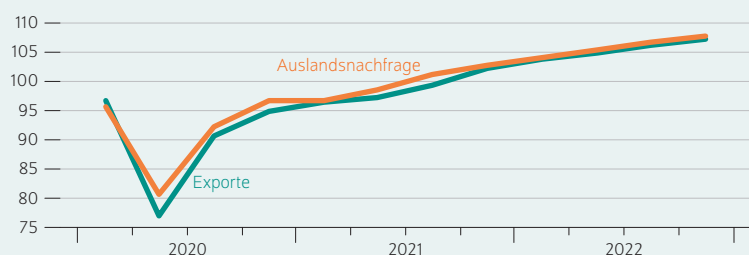
© DIW Berlin 2021

Material ist branchenübergreifend knapp wie nie – das hemmt die Produktion.

Abbildung 5

Reale Exporte und Auslandsnachfrage

Index, 4. Quartal 2019 = 100



Statistisches Bundesamt, DIW Sommergrundlinien 2021.

© DIW Berlin 2021

Die Exporte können vorübergehend nicht mit der kräftigen Nachfrage mithalten.

in China und den USA zurückzuführen sein. Die Erzeugerpreise sind in diesem Zuge in die Höhe geschossen – im April lagen sie bereits um gut fünf Prozent höher als ein Jahr zuvor, und Umfragen signalisieren weitere Anstiege, die sich im weiteren Verlauf auch zum Teil in höheren Verbraucherpreisen niederschlagen dürften. Alles zusammen genommen wird die Inflation ab Sommer vorübergehend über drei – im Schlussquartal sogar über dreieinhalb – Prozent liegen; für das Gesamtjahr 2021 ergibt sich eine Inflation von 2,7 Prozent. Unter der Annahme, dass die starken Anstiege bei den Rohstoffpreisen im Sommer abebben – die Ölpreise dürften annahmegemäß sogar leicht sinken – lässt die Inflation im kommenden Jahr auf 1,8 Prozent nach. Dabei ist die erneute Anhebung der CO₂-Abgabe berücksichtigt, für

Kasten 2

Prognosemodelle

Konjunkturprognosen stützen sich auf eine Vielzahl an Indikatoren, wie etwa Umsatzzahlen oder Verbraucherumfragen. Diese bieten eine Fülle von Informationen über die aktuelle Entwicklung, die mittels ökonomischer Methoden mit den vorhergesagten Größen in Beziehung gesetzt werden. In normalen Zeiten bietet dieses Vorgehen eine gute Orientierung, in außergewöhnlichen Zeiten wie der Corona-Krise können sie aber nur grobe Anhaltspunkte liefern (Abbildung). Nichtsdestotrotz sind sie nützlich, um die Vielzahl vorliegender Daten strukturiert auszuwerten.

Das Bruttoinlandsprodukt dürfte im nahezu abgelaufenen zweiten Quartal um kräftige 2,3 Prozent zugelegt haben. Diese Erholung wird vor allem von den Dienstleistungsbranchen getrieben, deren Geschäftstätigkeit sich im Zuge der Öffnungsschritte wieder normalisiert. So hat sich etwa die Stimmung bei den Dienstleistern zuletzt deutlich aufgehellt. Die Industrie dagegen ist mit einem leichten Rückschlag in das Quartal gestartet: Die Produktion lag im April 0,8 Prozent niedriger als im Auftaktquartal. Vor allem die Kfz-Industrie hat hierzu beigetragen – dort fehlen wohl nach wie vor Halbleiter –, aber auch branchenübergreifend hemmt die weltweite Verknappung von Vorleistungsgütern wohl vorübergehend die Aktivität. Die Modelle deuten zwar auf einen merklichen Anstieg beim Bruttoinlandsprodukt hin, sie dürften aber wie in der Vergangenheit vor allem von der Entwicklung im verarbeitenden Gewerbe beeinflusst sein und damit der Erholung bei den Dienstleistern nicht genügend Rechnung tragen.

Für den privaten Verbrauch zeigen sich ähnliche Probleme: Die Modelle weisen auf eine kräftige Erholung hin, dürften aber die Erholung etwa im Gastgewerbe nicht hinreichend einbeziehen. Indikatoren zum Einzelhandelsumsatz, der mittlerweile nur noch ein gutes Viertel des Verbrauchs umfasst, fallen hingegen stärker ins Gewicht – und hier gab es im April einen deutlichen Rückschlag. Demnach lagen die Einzelhandelsumsätze zum Quartalsauftakt nur noch knapp über dem Niveau des ersten Vierteljahres, das Geschäftsklima hat sich aber bis Mai mehr und mehr aufgehellt. Auch die Kfz-HändlerInnen – die sich zum Jahresbeginn einer Nachfrageflaute gegenüber sahen, immerhin wurden viele

Kfz-Käufe wegen der vorübergehenden Mehrwertsteuersenkung im vergangenen Jahr vorgezogen – berichteten jüngst wieder von kräftig anziehenden Umsätzen. Alles in allem dürfte der Konsum der privaten Haushalte im zweiten Quartal merklich ausgeweitet worden sein.

Die Exporte profitieren von der anziehenden Weltkonjunktur. Jüngst sind die realen Warenausfuhren zwar geringfügig gesunken, die üppigen Auftragspolster – gerade auch im Auslandsgeschäft – signalisieren aber eine Fortsetzung des Aufwärtstrends. Die Importe sind im April deutlich gesunken, vor allem aber wohl, weil die rasanten Preisanstiege die Nachfrage nach Vorleistungen gedämpft haben. Die Ausgaben für Urlaubsreisen ins Ausland schwanken angesichts der unklaren Infektionslage noch deutlich – das im März verzeichnete kräftige Plus von 6,5 Prozent spricht aber dafür, dass mehr Reisen getätigt werden, wenn es mit Blick auf die Pandemie umsetzbar scheint.

Die Ausrüstungsinvestitionen dürften merklich ausgeweitet werden – allerdings nicht mit einem zweistelligen Plus, wie es das Faktormodell signalisiert. Die Stimmung bei den Investitionsgüterherstellern hat sich zwar spürbar verbessert, die Produktion im Maschinenbau lag im April fast zweieinhalb Prozent im Plus und die Kapazitätsauslastung in der Industrie hat ihren langjährigen Durchschnitt zuletzt deutlich überschritten. Mit den inländischen Investitionsgüterumsätzen lag der wichtigste Indikator allerdings im April zwei Prozent niedriger als im Durchschnitt des ersten Quartals.

Die Bauinvestitionen dürften nur verhalten zulegen. Die Produktion im Baugewerbe war im ersten Quartal deutlich gesunken. Anders als die Wertschöpfung im Baugewerbe sind die Investitionen aber nicht eingebrochen. Entsprechend dürfte das Aufholen der Produktion in diesem Quartal nicht mit ebenso kräftigen Zuwächsen bei den Investitionen einhergehen. Zwar signalisieren die Umfragen weiterhin Zuwächse, die Aufträge im Wohnungsbau sind aber zuletzt deutlich gesunken. Dies dürfte nicht zuletzt mit den jüngsten Preisanstiegen zusammenhängen, die jedoch annahmegemäß nur vorübergehend belasten.

die nach aktueller Beschlusslage ein Einmaleffekt auf die Inflation von zwei Zehntel Prozentpunkten zu erwarten ist.²

Die Einschränkungen wirtschaftlicher Aktivitäten, die soziale Kontakte voraussetzen, gehen naturgemäß mit einer Beschneidung des **privaten Konsums** einher. Zwar gab es auch Umlenkungseffekte – so wurden etwa Restaurantbesuche durch Lebensmittelkäufe ersetzt, der Online-Handel profitierte von den Schließungen im klassischen Einzelhandel – unterm Strich ist der Konsum jedoch im Zuge der Lockdowns deutlich eingebrochen. Dabei nicht verausgabte finanzielle Mittel wurden gespart, vor allem die Bargeldreserven

sind in die Höhe geschossen. Bereits im vergangenen Jahr hat sich gezeigt, dass die Rücknahme der Lockdown-Maßnahmen von einem hochschnellenden Konsum begleitet wird. So werden die Raten wohl auch in diesem Sommer kräftig ausfallen.

Die Löhne steigen in den Jahren 2021 und 2022 in der Summe kräftig – um jeweils knapp fünf Prozent. Vor dem Hintergrund geringer Zuwächse bei der Lohnsteuer legt die Lohnsumme netto besonders in diesem Jahr dynamisch zu. Zwar steigen die monetären Sozialleistungen aufgrund der sinkenden Bedeutung des Kurzarbeitergeldes und der geringen Rentensteigerung in diesem Jahr kaum, die Masseneinkommen legen unterm Strich aber kräftig zu. Verhaltener

² Vgl. Deutsche Bundesbank (2020): Monatsbericht Juni 2020, 27, Fußnote 13.

Abbildung

Histogramme der Model-Averaging-Ansätze und Punktschätzer



Quelle: DIW Sommergrundlinien 2021.

Tabelle 3

Arbeitsmarktbilanz

In Millionen Personen

	2018	2019	2020	2021	2022
Erwerbstätige im Inland	44,87	45,27	44,82	44,74	45,08
Selbständige und mithelf. Familienangehörige	4,22	4,15	4,01	3,86	3,77
sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	32,99	33,54	33,58	33,90	34,26
Beam(t)nen, RichterInnnen, Zeit- und BerufssoldatInnnen	1,86	1,88	1,90	1,92	1,94
	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Ausschließlich geringfügig Beschäftigte (MinijobberInnnen)	4,67	4,57	4,27	4,07	4,15
	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Sonstige	1,12	1,12	1,05	1,00	0,97
+/- PendlerInnnen, Beschäftigte in staatlichen Einrichtungen des Auslandes bzw. im Ausland etc.	-0,14	-0,15	-0,11	-0,10	-0,10
Erwerbstätige InländerInnnen	44,73	45,12	44,71	44,64	44,98
Erwerbslose	1,47	1,37	1,85	1,90	1,63
Erwerbspersonen	46,20	46,50	46,56	46,54	46,61
Nachrichtlich:					
Arbeitslose	2,34	2,27	2,70	2,67	2,33
Arbeitslosenquote BA ¹ – Prozent	5,2	5,0	5,9	5,8	5,1
Arbeitslosenquote SGB ² – Prozent	6,6	6,3	7,4	7,3	6,4
Erwerbslosenquote VGR ³ – Prozent	3,2	3,0	4,0	4,1	3,5
Erwerbslosenquote ILO-Statistik – Prozent	3,4	3,2	4,2	4,3	3,7
Erwerbstätige am Wohnort nach ILO	41,7	42,2	42,3	42,3	42,7

1 Registrierte Arbeitslose bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen.

2 Registrierte Arbeitslose bezogen auf die Summe von sozialversicherungspflichtig Beschäftigten und registrierten Arbeitslosen.

3 Erwerbslose bezogen auf die Summe der Erwerbstätigen nach VGR und der Erwerbslosen.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Bundesagentur für Arbeit; DIW Sommergrundlinien 2021.

© DIW Berlin 2021

Tabelle 4

Annahmen dieser Prognose

		2020	2021	2022
EZB-Leitzins	Prozent	0,0	0,0	0,0
Geldmarktzins	EURIBOR-Dreimonatsgeld in Prozent	-0,5	-0,5	-0,5
Kapitalmarktzins	Rendite für Staatsanleihen im Euroraum mit 10-jähriger Restlaufzeit	0,2	0,3	0,5
Kapitalmarktzins	Rendite für Staatsanleihen in Deutschland mit 10-jähriger Restlaufzeit	-0,5	-0,2	-0,1
Wechselkurs	US-Dollar/Euro	1,14	1,21	1,21
Tarifliche Monatslöhne	Änderung gegenüber Vorjahr in Prozent	2,2	1,5	1,8
Erdölpreis	US-Dollar/Barrel	41,8	67,4	66,7
Erdölpreis	Euro/Barrel	36,6	55,7	54,9

Quelle: DIW Sommergrundlinien 2021.

© DIW Berlin 2021

die Sparquote im laufenden Jahr auf 16,1 Prozent. Damit ist sie kaum geringer als im vergangenen Jahr – aber nur, weil sie zu Jahresbeginn auf 20,1 Prozent angeschwollen war. Das entspricht knapp dem Rekordniveau vom zweiten Quartal des vergangenen Jahres. Im Verlauf dürfte sie deutlich sinken und im Durchschnitt des kommenden Jahres mit knapp elf Prozent wieder die Vorkrisenquote erreichen. In der Summe steigen die nominalen Konsumausgaben kräftig, vor allem im Jahr 2022. Dieses Jahr wird ein Teil hiervon durch die höhere Teuerung aufgezehrt – real legt der private Konsum nur um knapp ein Prozent zu. Im kommenden Jahr wird er das Vorkrisenniveau dann aber wohl wieder übertreffen.

Die **Ausrüstungsinvestitionen** zeigten sich im ersten Quartal trotz des anhaltenden Lockdowns stabil. Während die diesbezüglichen Ausgaben der öffentlichen Hand um etwa sechs Prozent gesunken sind, legten die Anschaffungen von Maschinen, Geräten und Fahrzeugen der Unternehmen leicht zu. Die rasche Erholung der Weltkonjunktur ebenso wie die Fortschritte bei der Pandemiebekämpfung im Inland sorgen auch weiterhin für eine sich aufhellende Stimmung bei den Investitionsgüterherstellern. Die hohe Kapazitätsauslastung in der Industrie, die üppigen Auftragspolster und die anhaltend kräftige Auslandsnachfrage, insbesondere im Fahrzeug- und Maschinenbau, schieben die Investitionen im weiteren Prognoseverlauf kräftiger an als noch im Frühjahr prognostiziert. Dieses Jahr dürften die öffentlichen Ausrüstungsinvestitionen ebenfalls Impulse liefern: Investitionsvorhaben aus den Klima- und Zukunftspaketen werden teils schon im Jahresverlauf umgesetzt. Insgesamt wird das Vorkrisenniveau bereits in der ersten Jahreshälfte 2022 wieder erreicht. Die Knappheit wichtiger Rohstoffe sowie Lieferengpässe verhindern dabei vor allem im zweiten Quartal noch deutlichere Zuwächse, besonders in der Automobilindustrie; im dritten Quartal kann aber ein Teil hiervon nachgeholt werden.

Die **Bauinvestitionen** sind besser in das laufende Jahr gestartet als der hauptsächlich witterungsbedingte Produktionseinbruch zu Jahresbeginn vermuten ließ; ein enormer Produktionsanstieg im März (plus 18 Prozent gegenüber Februar), vor allem im Bauhauptgewerbe, konnte die Verluste aus den Vormonaten kompensieren. Der Wirtschaftsbau und hier insbesondere der gewerbliche Tiefbau trugen verstärkt zu dieser Entwicklung bei. Gegenüber der Frühjahrsprognose ist für den weiteren Prognoseverlauf in allen Bauparten mit einer schwächeren Dynamik zu rechnen. Vorübergehend dürfte vor allem die weltweite Knappheit an wichtigen Baustoffen wie Holz und Stahl die Bauwirtschaft ausbremsen. In der ifo-Konjunkturumfrage klagten im Mai knapp 40 Prozent der Bauunternehmen über Materialmangel. Darüber hinaus gingen auch die Auftragseingänge in allen Sparten nach dem starken Wachstum der vergangenen Monate zuletzt etwas zurück. So schlägt sich die nach wie vor angespannte Kassenlage einiger Kommunen weiterhin in Zurückhaltung bei den öffentlichen Bauinvestitionen nieder, die erst im Jahresverlauf mit zunehmender gesamtwirtschaftlicher Erholung und somit steigenden Steuereinnahmen an Fahrt aufnehmen dürften. Auch der

dürften währenddessen die Einnahmen aus selbstständiger Tätigkeit und Vermögen steigen, hier ist jedoch schon für das kommende Jahr wieder mit einem kräftigeren Auftrieb zu rechnen. Insgesamt ergeben sich für die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte für dieses wie auch für nächstes Jahr spürbare Zuwächse von je vier Prozent. Zudem dürften die Haushalte ihre Ersparnisbildung wieder normalisieren. Im jahresdurchschnittlichen Vergleich sinkt

Tabelle 5

Ausgewählte finanzpolitische Indikatoren¹

In Prozent des nominalen Bruttoinlandsprodukts

	Staatseinnahmen			Staatsausgaben			Finanzierungs- saldo	Nachrichtlich: Zinssteuer- quote²	Staatsschulden- quote nach Maastricht
	insgesamt	darunter:		insgesamt	darunter:				
		Steuern	Sozialbeiträge		Zinsausgaben	Brutto- investitionen			
2018	46,3	23,9	17,1	44,5	0,9	2,3	1,8	3,9	62
2019	46,7	24,0	17,3	45,2	0,8	2,5	1,5	3,3	60
2020	46,9	23,1	18,2	51,3	0,7	2,8	-4,5	2,9	70
2021	45,7	22,7	17,7	50,2	0,6	2,7	-4,5	2,6	72
2022	45,4	22,7	17,5	47,5	0,5	2,7	-2,1	2,3	69

¹ In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen.² Zinsausgaben des Staates in Relation zum Steueraufkommen.

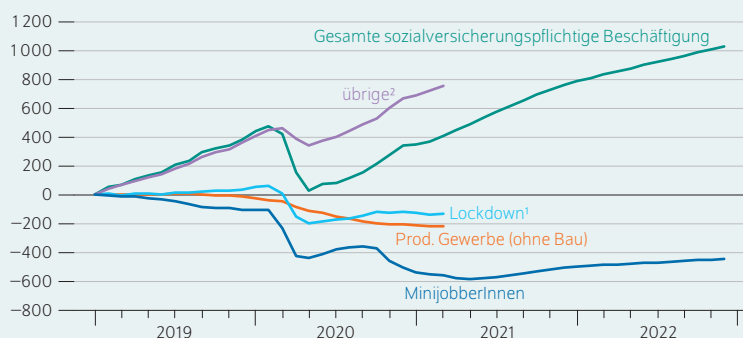
Quelle: Statistisches Bundesamt, DIW Sommergrundlinien 2021.

© DIW Berlin 2021

Wirtschaftsbau zeigt sich trotz optimistischem Jahresbeginn noch von Unsicherheit gezeichnet. Der ungebrochen hohe Bedarf an Wohnraum wirkt derweil weiterhin stabilisierend: Im Wohnungsbau erreichte das Volumen der neu erteilten Baugenehmigungen im März die höchste Zahl seit 15 Jahren. Die knappheitsbedingt stark gestiegenen Materialkosten fachen die ohnehin starke Preisentwicklung zusätzlich an. So stiegen beispielsweise die Preise für Holz und Stahl zwischen Dezember 2020 und April 2021 um etwa ein Viertel. Zwar können Bauunternehmen diese Anstiege nur teilweise an die BauherrInnen weiterreichen; nichtdestotrotz ist – auch wegen der Rückkehr zum alten Mehrwertsteuersatz – im Sommer mit einer sehr dynamischen Preisentwicklung in allen Bausparten, insbesondere im Wohnungsbau, zu rechnen.

Die **Importe** haben merklich angezogen. Obwohl die weltweite Rohstoffknappheit im Sommerhalbjahr die Preise in die Höhe schnellen lässt und die Importnachfrage etwas dämpfen dürfte, ist mit einer Fortsetzung dieses Aufwärtstrends zu rechnen. So erholt sich einerseits die heimische Nachfrage sichtlich, während die anziehende Exporttätigkeit Einfuhren von Vorleistungen erhöht. Zusätzlich dürfte insbesondere die Reisetätigkeit mit dem Eindämmen der Pandemie kräftig anziehen: Die Menschen haben in den vergangenen anderthalb Jahren größtenteils auf Urlaub verzichtet und dürften diesen nun nachholen. Viele werden kurzfristig innerhalb Deutschlands verreisen; andere dürfen, sobald dies möglich ist, auch wieder Urlaubsreisen ins Ausland unternehmen. Bereits in den vergangenen Quartalen konnten sich die Dienstleistungseinfuhren merklich erholen, sobald die Pandemielage dies zuließ. Der Saldo der **Leistungsbilanz** schmilzt dabei bis 2022 auf 5,4 Prozent in Relation zur Wirtschaftsleistung ab. In diesem Jahr tragen dabei nicht nur die real kräftig steigenden Importe bei, sondern auch die rasanten Preisanstiege der Einfuhren. Die **Terms-of-Trade** fallen aufgrund dieser ungewöhnlich hohen Teuerung um über ein Prozent. Es zeichnet sich zwar ab, dass diese höheren Kosten weitergegeben werden, aber nur

Abbildung 6

Entwicklung nach Beschäftigungsformen
 Differenz zu Januar 2019 in Tausend Personen
¹ Ausgewählte, vom Lockdown betroffene Branchen: Handel/Verkehr/Gastgewerbe, Zeitarbeit, sonstige Dienstleister² Öffentliche Dienstleister/Erziehung/Gesundheit, Bau, alle übrigen Branchen

Quelle: Bundesagentur für Arbeit, DIW Sommergrundlinien 2021.

© DIW Berlin 2021

Der Beschäftigungsaufbau wird von einigen Branchen getragen.

zu einem Teil: Sie münden in etwas höheren Ausfuhrpreisen. Teils dürften – etwas verzögert – davon auch die Verbraucherpreise angefacht werden. Auch spiegeln sie sich bereits in höheren Preisen bei den Bauinvestitionen wider. Unterm Strich engen die steigenden Rohstoffpreise die Margen der Produzenten in diesem Jahr wohl ein.

Die Einschränkungen der wirtschaftlichen Aktivitäten im Zuge der Lockdowns haben auch die **öffentlichen Finanzen** belastet. Sie führten zu verminderten Steuereinnahmen und erheblichen Mehrausgaben, sodass das gesamtstaatliche Defizit allein im ersten Quartal 2021 etwa 42 Milliarden Euro betrug. Auf das ganze Jahr gerechnet dürfte das Defizit bei knapp 161 Milliarden Euro liegen. In den kommenden Monaten wird sich die wiederanspringende Konjunktur

positiv in der Steuerkasse und bei den Sozialbeitragseinnahmen bemerkbar machen. Insbesondere die Umsatzsteuer-einnahmen dürften dann wieder deutlich höher ausfallen als im vergangenen Jahr. Dies liegt zum einen an der Rückführung des allgemeinen Mehrwertsteuersatzes, zum anderen an der zu erwartenden höheren Konsumtätigkeit der privaten Haushalte. Dass sie nicht noch stärker steigen, liegt an der Verlängerung der ermäßigten Mehrwertsteuer für Speisen bis Ende 2022. In der Summe steigen die **gesamtsstaatlichen Einnahmen** in diesem und im nächsten Jahr um dreieinhalb beziehungsweise knapp fünfeinhalb Prozent.

Das Ausgabenniveau dürfte weiterhin hoch bleiben. Die Impf- und Teststrategie erhöht den Staatskonsum merklich, insgesamt wird er in diesem Jahr um rund 4,5 Prozent steigen. Die Soforthilfemaßnahmen, unter anderem die Überbrückungshilfe, machen im ersten Quartal rund 25 Milliarden Euro aus, wobei rund 15 Milliarden Euro noch aus den November- und Dezemberhilfen resultieren. Dadurch dürfte das Subventionsvolumen trotz des hohen Vorjahresniveaus nur leicht zurückgehen, ehe es dann zwar im nächsten Jahr um 33 Prozent sinkt, aber weiterhin deutlich über dem Vorkrisenniveau liegt. Ähnliches gilt für die **geleisteten Vermögenstransfers**, die sich infolge des Konjunkturprogramms weiterhin recht dynamisch entwickeln. Mit zehn beziehungsweise fünf Milliarden Euro dürfte ein Großteil der im Zukunftspaket des Konjunkturprogramms beschlossenen Investitionszuschüsse in diesem und nächsten Jahr abfließen. Auch die staatlichen Bruttoinvestitionen dürften nicht zuletzt durch das Zukunftspaket in diesem Jahr recht hoch ausfallen. Die Investitionsdynamik des Jahres 2022 hängt im Wesentlichen vom Ausgang der Bundestagswahl ab – und inwiefern die neue Bundesregierung gewillt ist, dem vorgezeichneten Modernisierungs- und Transformationspfad zu folgen.

Insgesamt dürften die öffentlichen **Ausgaben**, trotz des hohen Niveaus vom vergangenen Jahr, auch dieses Jahr nochmals zunehmen. Bei einem Zuwachs um knapp vier Prozent

werden sie zu dem gesamtsstaatlichen Finanzierungsdefizit von knapp 161 Milliarden Euro beitragen. Auch für das nächste Jahr ist mit einem deutlichen Defizit in Höhe von gut 79 Milliarden Euro zu rechnen. Der **Bruttoschuldenstand** des Gesamtstaates in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt lag im Jahr 2020 bei knapp 70 Prozent (Tabelle 5). In diesem und im nächsten Jahr dürfte er unter Annahme zusätzlicher Kredite und Beteiligungen von 20 Milliarden Euro auf rund 72 Prozent ansteigen und im Jahr 2022 auf 69 Prozent sinken.

Solange die Pandemie nicht gebannt ist, unterliegt diese Prognose wie alle Konjunkturvorhersagen einer deutlich größeren Unsicherheit als ohnehin üblich. Vieles hängt vom Infektionsverlauf und den politischen Reaktionen hierauf ab. Ein naheliegendes Risiko ist ein ungünstigerer Verlauf der Inzidenzen als hier unterstellt – selbst bei unveränderter politischer Beschlusslage kann dies die Wirtschaft empfindlich dämpfen; noch schärfere Gegenmaßnahmen – etwa zugunsten einer rascheren Eindämmung – können zu erneuten Rücksetzern der ökonomischen Aktivität führen. Gerade im Spätherbst könnte angesichts der ungünstigeren Saisonalität, neuer Virusmutationen, aber auch aufgrund ins Stocken geratener Impffortschritte oder eines nachlassenden Impfschutzes eine weitere Infektionswelle anrollen. Möglich ist indes auch, die Fallzahlen auf dem aktuell niedrigen Niveau zu halten; dann dürfte eine raschere Erholung vor allem bei den DienstleisterInnen einsetzen. Ein drastischeres Insolvenzgeschehen als hier unterstellt würde die Erholung vor allem im späteren Verlauf bremsen, weil dann geringere Kapazitäten zur Verfügung stehen und indirekte Einkommenseffekte die Konsumausgaben dämpfen. Die derzeitige Knappheit bei wichtigen Vorleistungsgütern kann länger anhalten; dies würde vor allem die Industrie bremsen, aber zunehmend auch in höheren Verbraucherpreisen münden – und damit die realen Konsumausgaben belasten. Dagegen kann der Konsum einen deutlich stärkeren Schub bekommen, wenn die während der Krise angehäuften Ersparnisse zu einem weitaus größeren Teil ausgegeben werden.

Claus Michelsen ist Leiter der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | cmichelsen@diw.de

Marius Clemens ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | mclemens@diw.de

Max Hanisch ist Gastwissenschaftler in der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | mhanisch@diw.de

Simon Junker ist stellvertretender Leiter der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | sjunker@diw.de

Laura Pagenhardt ist wissenschaftliche Mitarbeiterin der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | lpagenhardt@diw.de

JEL: E32, E66, F01

Keywords: Business cycle forecast, economic outlook

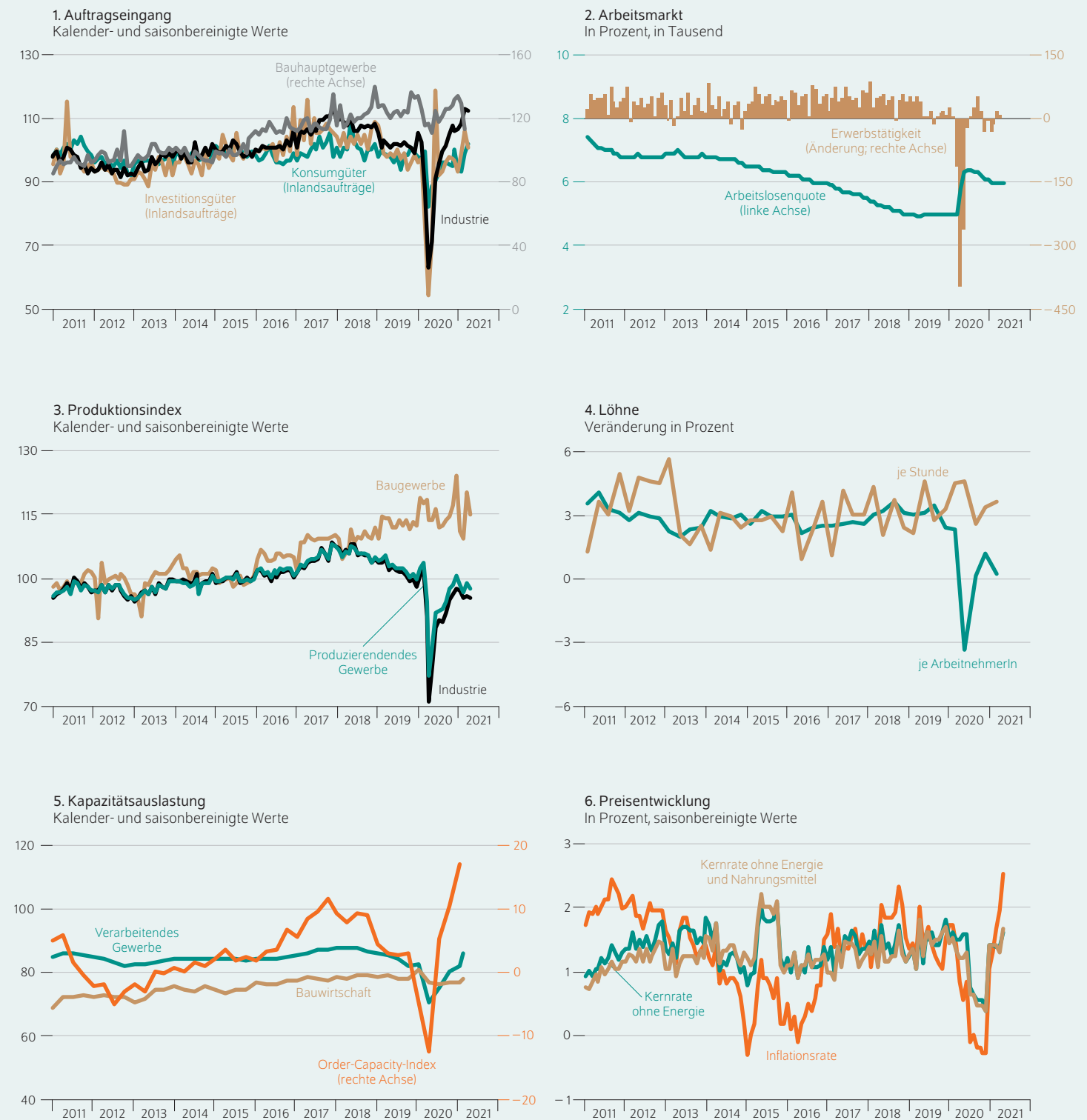
This report is also available in an English version as DIW Weekly Report 23+24/2021:

www.diw.de/diw_weekly



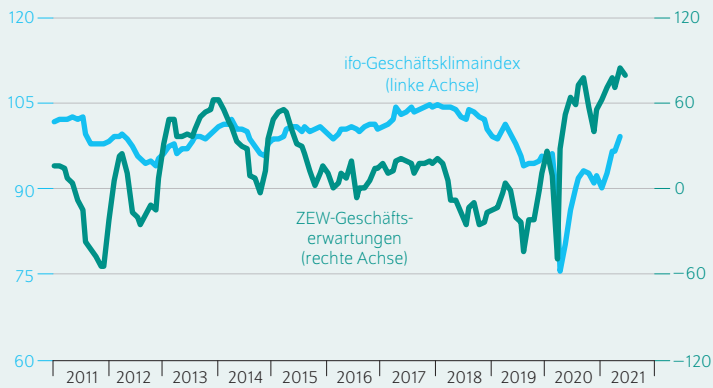
Abbildung 7

Konjunkturindikatoren für Deutschland

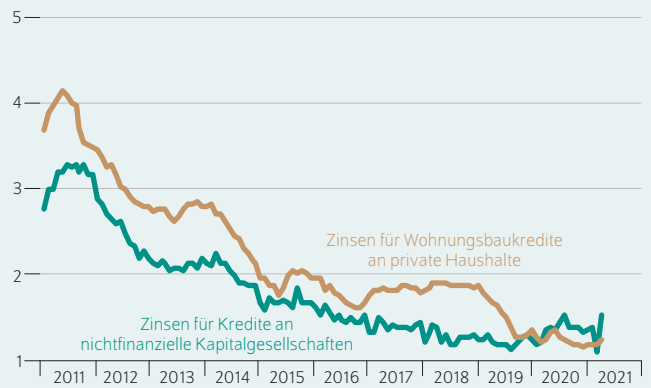


Quellen: (1, 3, 4, 6) Statistisches Bundesamt; (2) Deutsche Bundesbank; (5) ifo Institut; Deutsche Bundesbank; (7) ifo Institut; ZEW; (8, 10, 12) Deutsche Bundesbank; (9) Eurostat; Baker/Bloom/Davis; (11) Statistisches Bundesamt.

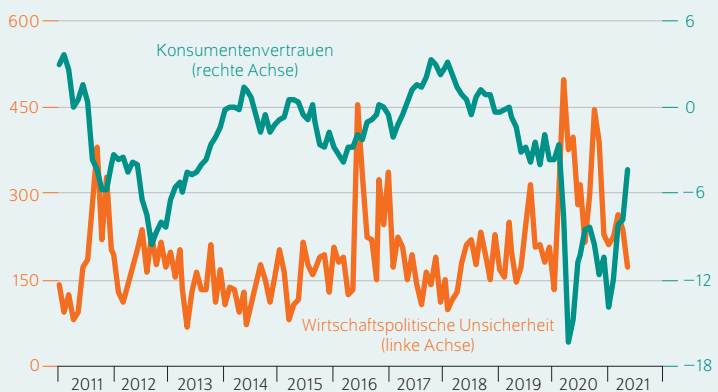
7. Unternehmensstimmung
Kalender- und saisonbereinigte Werte



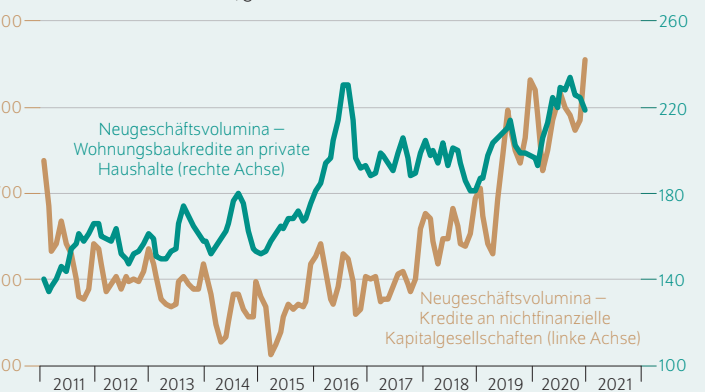
8. Zinsen
In Prozent



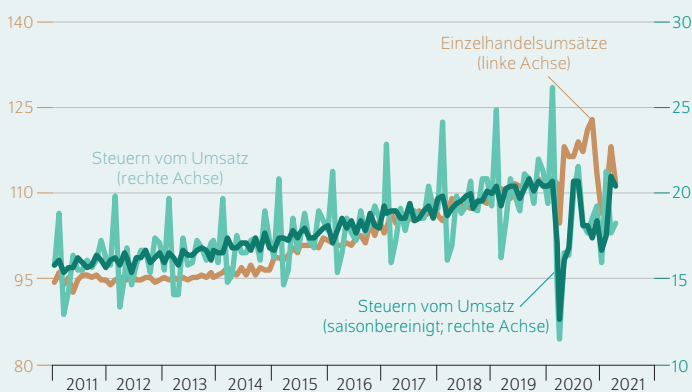
9. Konsumentenstimmung, wirtschaftspolitische Unsicherheit
Saldo positiver/negativer Antworten, Newsindex



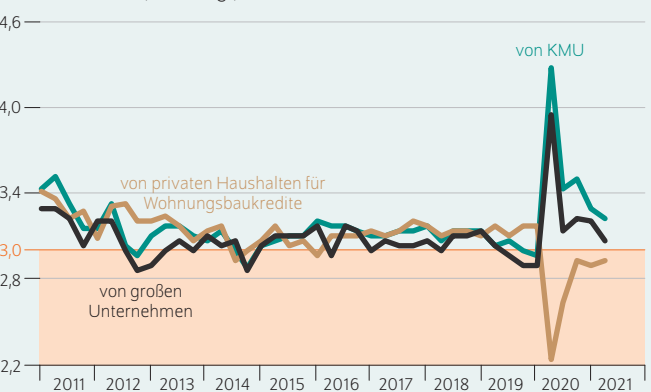
10. Kredite – Neugeschäftsvolumina
Hundert Millionen Euro, gleitende Dreimonatsdurchschnitte



11. Umsatzsteueraufkommen und Einzelhandelsumsätze
Index 2010 = 100, Milliarden Euro



12. Kreditnachfrage in den kommenden drei Monaten
3 = konstant; > 3 steigt; < 3 sinkt



INTERVIEW



Claus Michelsen, Leiter der Abteilung
Konjunkturpolitik am DIW Berlin

„Deutsche Wirtschaft erlebt verspätetes Frühlingserwachen“

1. Herr Michelsen, die zurückliegenden Monate waren geprägt durch strikte Maßnahmen zur Eingrenzung der Corona-Pandemie. Wie stark wurde die deutsche Wirtschaft dadurch in Mitleidenschaft gezogen?

Die weitreichenden Einschränkungen, die die Politik aufgrund der zweiten und dritten Corona-Welle beschlossen hat, haben nicht zu solch heftigen wirtschaftlichen Einbrüchen geführt wie im vergangenen Jahr. Natürlich haben wir Wirtschaftsleistung verloren, allerdings ist der Rückgang des Bruttoinlandsprodukts mit knapp zwei Prozent im ersten Quartal deutlich moderater gewesen als die minus zehn Prozent, die wir im zweiten Quartal des vergangenen Jahres gesehen haben. Dass die Wirtschaft insgesamt besser durch diese neuerlichen Infektionswellen gekommen ist, ist vor allen Dingen darauf zurückzuführen, dass die Industrie ganz gut gelaufen ist und uns ein relativ gutes Winterhalbjahr beschert hat.

2. Langsam zeichnet sich eine vorsichtige Rückkehr zur Normalität ab. Stehen wir vor einem großen Aufschwung?

Wir erwarten, dass die Wirtschaft ein verspätetes Frühlingserwachen erleben wird. Insbesondere die Dienstleistungsbereiche und der Handel dürften jetzt von den Lockerungsmaßnahmen profitieren. Allerdings werden mit den Öffnungen die Menschen auch wieder mehr Kontakte haben, was wieder zu steigenden Inzidenzzahlen führen kann. Wir gehen davon aus, dass auch in den Sommermonaten immer wieder regional Beschränkungen beschlossen werden müssen, bis die Impfquote so hoch ist, dass zumindest annähernd eine Herdenimmunität erreicht ist. Dann werden wir einen nachhaltigen Aufschwung erleben. Mit dem Jahreswechsel dürfte das Vorkrisenniveau wieder erreicht werden.

3. Wie stark sind die Einbrüche beim privaten Konsum?

Gastronomieeinrichtungen mussten schließen, die Unterhaltungsbranche konnte nicht arbeiten und auch der Handel war stark eingeschränkt. Das machte sich natürlich in deutlichen Rückgängen des privaten Konsums bemerkbar. Der

Konsum ist typischerweise die stabilisierende Größe in der Volkswirtschaft. Normalerweise sehen wir die Fluktuationen viel stärker bei den Investitionsgütern. Die haben sich relativ stabil gehalten und auch der Export war in den Wintermonaten eine Stütze der Konjunktur.

4. Inwieweit droht eine Insolvenzwelle bei Dienstleistern und im Einzelhandel?

Es sind vor allem die kleinen Unternehmen mit einer dünnen Eigenkapitaldecke, die von Insolvenz bedroht sind. Als im vergangenen Jahr die Insolvenzmeldepflicht ausgesetzt war, haben außergewöhnlich wenige Unternehmen eine Insolvenz angemeldet und außergewöhnlich wenige UnternehmerInnen haben ihr Geschäft aufgegeben und abgemeldet. Jetzt gilt die Insolvenzmeldepflicht wieder und wir müssen davon ausgehen, dass dies in den kommenden Monaten nachgeholt wird und die Zahlen deutlich steigen. Ob das dann zu einer Insolvenzwelle führt, die größer ist als der Nachholeffekt, den wir erwarten, hängt davon ab, ob wieder nachhaltig Geschäftstätigkeit möglich ist.

5. Wie entwickeln sich die Verbraucherpreise und die Inflation?

Die Preise für Rohstoffe und Energie sind stark gestiegen, aber auch wichtige Vorleistungsgüter sind für die Industrie sehr viel teurer geworden. Die Knappheiten auf den Rohstoffmärkten dürften aber nur bedingt auf die Inflation auf der Verbraucherebene durchschlagen. Dennoch gibt es einige Sondereffekte. Die Wiederanhebung der Mehrwertsteuer im Januar und die Einführung der CO₂-Bepreisung führen dazu, dass die Inflation stärker ausfällt. Wenn wir auf die Kerninflation schauen, also ohne Öl- und Energiepreise, dann beobachten wir jedoch eine relativ stabile Preisentwicklung um anderthalb Prozent.

Das Gespräch führte Erich Wittenberg.



Das vollständige Interview zum Anhören finden Sie auf
www.diw.de/interview

VGR-TABELLEN

Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für Deutschland

Vorausschätzung für die Jahre 2021 und 2022

	2020	2021	2022	2020		2021		2022	
				1. Halbjahr	2. Halbjahr	1. Halbjahr	2. Halbjahr	1. Halbjahr	2. Halbjahr
1. Entstehung des Inlandsprodukts									
Veränderung in Prozent gegenüber dem Vorjahr									
Erwerbstätige	-1,0	-0,2	0,8	-0,5	-1,5	-0,8	0,5	0,9	0,7
Arbeitszeit, arbeitstäglich	-5,3	0,9	2,2	-5,6	-5,0	0,4	1,3	3,0	1,4
Arbeitstage	1,5	0,1	-0,1	0,5	2,4	0,0	0,2	0,8	-1,0
Arbeitsvolumen, kalendermonatlich	-4,7	0,8	2,8	-5,5	-4,0	-0,5	2,0	4,7	1,1
Produktivität¹	0,0	2,3	1,4	-1,1	1,0	3,5	1,2	1,2	1,6
Reales Bruttoinlandsprodukt	-4,8	3,2	4,3	-6,5	-3,0	3,0	3,3	6,0	2,7
2. Verwendung des Inlandsprodukts in jeweiligen Preisen									
a) Milliarden Euro									
Konsumausgaben	2466,0	2567,6	2764,5	1195,9	1270,1	1225,3	1342,2	1344,2	1420,3
Private Haushalte²	1711,6	1779,3	1959,1	832,2	879,4	841,5	937,8	952,2	1006,9
Staat	754,4	788,3	805,4	363,7	390,7	383,8	404,4	392,0	413,4
Anlageinvestitionen	738,4	799,2	852,2	353,1	385,3	373,9	425,3	407,3	444,9
Ausrüstungen	215,1	238,8	252,6	98,0	117,1	109,2	129,6	119,6	132,9
Bauten	388,8	423,7	456,6	191,6	197,2	200,5	223,2	220,5	236,1
Sonstige Anlageinvestitionen	134,6	136,7	143,1	63,6	71,0	64,3	72,4	67,2	75,9
Vorratsveränderung³	-61,7	-18,4	-20,3	-11,4	-50,3	-4,0	-14,4	-5,5	-14,7
Inländische Verwendung	3142,7	3348,3	3596,4	1537,6	1605,1	1595,2	1753,2	1745,9	1850,5
Außenbeitrag	193,5	195,2	158,9	82,3	111,2	112,3	82,9	93,8	65,0
Exporte	1460,1	1660,1	1800,4	703,9	756,2	801,7	858,4	888,7	911,7
Importe	1266,7	1465,0	1641,6	621,6	645,0	689,4	775,5	794,9	846,7
Bruttoinlandsprodukt	3336,2	3543,5	3755,2	1619,9	1716,3	1707,5	1836,0	1839,7	1915,5
b) Veränderung in Prozent gegenüber dem Vorjahr									
Konsumausgaben	-1,8	4,1	7,7	-2,4	-1,3	2,5	5,7	9,7	5,8
Private Haushalte²	-5,3	4,0	10,1	-5,9	-4,7	1,1	6,6	13,2	7,4
Staat	7,1	4,5	2,2	6,8	7,3	5,5	3,5	2,1	2,2
Anlageinvestitionen	-1,3	8,2	6,6	-2,0	-0,6	5,9	10,4	8,9	4,6
Ausrüstungen	-10,4	11,1	5,7	-15,5	-5,8	11,5	10,7	9,5	2,5
Bauten	4,0	9,0	7,8	5,9	2,3	4,6	13,2	10,0	5,8
Sonstige Anlageinvestitionen	0,3	1,5	4,7	0,2	0,5	1,0	2,0	4,6	4,8
Inländische Verwendung	-3,3	6,5	7,4	-3,2	-3,3	3,7	9,2	9,4	5,6
Exporte	-9,7	13,7	8,5	-12,6	-6,8	13,9	13,5	10,9	6,2
Importe	-10,6	15,7	12,1	-11,4	-9,9	10,9	20,2	15,3	9,2
Bruttoinlandsprodukt	-3,3	6,2	6,0	-4,3	-2,3	5,4	7,0	7,7	4,3
3. Verwendung des Inlandsprodukts, preisbereinigt									
a) Verkettete Volumina in Milliarden Euro									
Konsumausgaben	2296,9	2321,1	2462,2	1118,5	1178,4	1117,7	1203,4	1206,9	1255,3
Private Haushalte²	1616,6	1629,3	1765,2	783,9	832,7	775,7	853,6	861,7	903,4
Staat	679,2	690,5	697,2	334,0	345,2	341,0	349,5	345,1	352,1
Anlageinvestitionen	665,4	699,8	729,4	317,4	348,0	329,9	369,9	350,0	379,4
Ausrüstungen	206,1	226,6	237,2	94,0	112,1	103,7	122,9	112,4	124,8
Bauten	332,2	346,5	361,5	162,6	169,6	165,9	180,5	175,5	186,0
Sonstige Anlageinvestitionen	124,9	125,0	128,9	59,3	65,6	59,1	65,9	60,9	68,0
Inländische Verwendung	2924,7	3010,8	3180,3	1434,4	1490,3	1446,7	1564,1	1555,6	1624,8
Exporte	1426,3	1570,0	1673,5	686,8	739,5	766,6	803,4	828,5	844,9
Importe	1274,6	1409,2	1550,1	625,4	649,2	671,8	737,4	752,5	797,6
Bruttoinlandsprodukt	3078,2	3175,9	3311,6	1497,2	1581,1	1542,5	1633,4	1634,6	1677,0
b) Veränderung in Prozent gegenüber dem Vorjahr									
Konsumausgaben	-3,3	1,1	6,1	-4,3	-2,2	-0,1	2,1	8,0	4,3
Private Haushalte²	-6,0	0,8	8,3	-7,3	-4,6	-1,1	2,5	11,1	5,8
Staat	3,7	1,7	1,0	3,5	3,9	2,1	1,3	1,2	0,7
Anlageinvestitionen	-2,7	5,2	4,2	-4,1	-1,4	3,9	6,3	6,1	2,6
Ausrüstungen	-11,6	9,9	4,7	-16,7	-6,9	10,3	9,6	8,4	1,5
Bauten	2,3	4,3	4,3	2,8	1,9	2,1	6,4	5,8	3,0
Sonstige Anlageinvestitionen	-1,1	0,1	3,1	-1,2	-0,9	-0,4	0,5	3,0	3,2
Inländische Verwendung	-4,1	2,9	5,6	-4,6	-3,6	0,9	5,0	7,5	3,9
Exporte	-9,4	10,1	6,6	-12,6	-6,1	11,6	8,6	8,1	5,2
Importe	-8,4	10,6	10,0	-9,1	-7,8	7,4	13,6	12,0	8,2
Bruttoinlandsprodukt	-4,8	3,2	4,3	-6,5	-3,0	3,0	3,3	6,0	2,7

VGR-TABELLEN

Noch: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für Deutschland

Vorausschätzung für die Jahre 2021 und 2022

	2020	2021	2022	2020		2021		2022	
				1. Halbjahr	2. Halbjahr	1. Halbjahr	2. Halbjahr	1. Halbjahr	2. Halbjahr
4. Preisniveau der Verwendungsseite des Inlandsprodukts (2010 = 100)									
Veränderung in Prozent gegenüber dem Vorjahr									
Private Konsumausgaben ²	0,7	3,1	1,6	1,5	0,0	2,2	4,0	1,9	1,4
Konsumausgaben des Staates	3,3	2,8	1,2	3,2	3,3	3,4	2,2	0,9	1,5
Anlageinvestitionen	1,5	2,9	2,3	2,2	0,8	1,9	3,8	2,7	2,0
Ausrüstungen	1,3	1,0	1,0	1,4	1,2	1,0	1,0	1,1	1,0
Bauten	1,7	4,5	3,3	3,0	0,4	2,5	6,4	4,0	2,7
Exporte	-0,4	3,3	1,7	0,0	-0,8	2,0	4,5	2,6	1,0
Importe	-2,4	4,6	1,9	-2,6	-2,2	3,2	5,8	2,9	0,9
Bruttoinlandsprodukt	1,6	2,9	1,6	2,4	0,8	2,3	3,6	1,7	1,6
5. Einkommensentstehung und -verteilung									
a) Milliarden Euro									
Primäreinkommen der privaten Haushalte ²	2387,4	2475,5	2594,0	1183,2	1204,2	1212,2	1263,3	1272,3	1321,6
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	332,0	340,0	350,7	161,5	170,5	164,5	175,5	171,3	179,4
Bruttolöhne und -gehälter	1511,5	1583,7	1661,0	720,7	790,9	745,3	838,4	793,8	867,2
Übrige Primäreinkommen ⁴	543,9	551,8	582,2	301,0	242,8	302,4	249,4	307,3	275,0
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	386,1	486,7	555,4	148,0	238,1	199,7	287,0	259,2	296,2
Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)	2773,5	2962,2	3149,4	1331,2	1442,3	1411,9	1550,4	1531,5	1617,8
Abschreibungen	657,7	681,4	711,9	329,1	328,6	337,3	344,2	353,3	358,6
Bruttonationaleinkommen	3431,2	3643,7	3861,2	1660,3	1770,9	1749,1	1894,5	1884,8	1976,4
Nachrichtlich:									
Volkseinkommen	2501,1	2658,8	2793,7	1194,6	1306,5	1266,1	1392,7	1348,8	1444,9
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	657,5	735,1	782,0	312,4	345,2	356,3	378,7	383,8	398,2
Arbeitnehmerentgelt	1843,6	1923,7	2011,7	882,2	961,4	909,8	1013,9	965,0	1046,7
b) Veränderung in Prozent gegenüber dem Vorjahr									
Primäreinkommen der privaten Haushalte ²	-1,5	3,7	4,8	-1,3	-1,8	2,4	4,9	5,0	4,6
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	2,4	2,4	3,1	2,8	2,0	1,9	2,9	4,1	2,2
Bruttolöhne und -gehälter	-0,7	4,8	4,9	-0,9	-0,5	3,4	6,0	6,5	3,4
Übrige Primäreinkommen ⁴	-6,0	1,5	5,5	-4,3	-8,0	0,5	2,7	1,6	10,2
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	-19,3	26,1	14,1	-30,7	-10,2	34,9	20,6	29,8	3,2
Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)	-4,5	6,8	6,3	-5,7	-3,3	6,1	7,5	8,5	4,4
Abschreibungen	2,8	3,6	4,5	3,6	2,0	2,5	4,7	4,7	4,2
Bruttonationaleinkommen	-3,2	6,2	6,0	-4,0	-2,3	5,4	7,0	7,8	4,3
Nachrichtlich:									
Volkseinkommen	-2,5	6,3	5,1	-3,9	-1,1	6,0	6,6	6,5	3,8
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	-8,4	11,8	6,4	-13,0	-3,9	14,1	9,7	7,7	5,1
Arbeitnehmerentgelt	-0,1	4,3	4,6	-0,2	-0,1	3,1	5,5	6,1	3,2
6. Einkommen und Einkommensverwendung der privaten Haushalte									
a) Milliarden Euro									
Masseneinkommen	1019,5	1079,4	1128,3	480,0	539,5	500,5	578,9	533,8	594,5
Nettolöhne- und -gehälter	654,4	666,8	672,2	322,7	331,8	336,8	330,0	332,2	339,9
Monetäre Sozialleistungen	140,3	145,6	149,1	69,1	71,2	71,9	73,7	73,7	75,4
abzgl. Abgaben auf soziale Leistungen ⁵	543,9	551,8	582,2	301,0	242,8	302,4	249,4	307,3	275,0
Übrige Primäreinkommen ⁴	-93,5	-90,9	-92,8	-46,9	-46,6	-45,3	-45,5	-46,3	-46,5
Sonstige Transfers (Saldo) ⁶	1983,9	2061,6	2140,8	987,6	996,3	1022,4	1039,2	1053,3	1087,4
Verfügbares Einkommen									
Nachrichtlich:	57,4	58,3	59,1	27,9	29,5	28,3	29,9	28,8	30,4
Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	1711,6	1779,3	1959,1	832,2	879,4	841,5	937,8	952,2	1006,9
Konsumausgaben	329,7	340,6	240,8	183,3	146,4	209,3	131,3	129,9	111,0
Sparen	16,2	16,1	10,9	18,1	14,3	19,9	12,3	12,0	9,9
Sparquote in Prozent ⁷	0	0	0	0	0	0	0	0	0
b) Veränderung in Prozent gegenüber dem Vorjahr									
Masseneinkommen	2,8	4,4	3,2	2,3	3,3	4,3	4,4	3,5	2,8
Nettolöhne- und -gehälter	-0,1	5,9	4,5	-0,6	0,4	4,3	7,3	6,7	2,7
Monetäre Sozialleistungen	7,9	1,9	0,8	7,2	8,7	4,4	-0,5	-1,3	3,0
abzgl. Abgaben auf soziale Leistungen ⁵	3,6	3,7	2,4	3,4	3,9	4,0	3,4	2,4	2,4
Übrige Primäreinkommen ⁴	-6,0	1,5	5,5	-4,3	-8,0	0,5	2,7	1,6	10,2
Verfügbares Einkommen	0,7	3,9	3,8	0,7	0,7	3,5	4,3	3,0	4,6
Konsumausgaben	-5,3	4,0	10,1	-5,9	-4,7	1,1	6,6	13,2	7,4
Sparen	49,7	3,3	-29,3	47,8	52,2	14,2	-10,3	-37,9	-15,5

VGR-TABELLEN

Noch: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für Deutschland

Vorausschätzung für die Jahre 2021 und 2022

	2020	2021	2022	2020		2021		2022	
				1. Halbjahr	2. Halbjahr	1. Halbjahr	2. Halbjahr	1. Halbjahr	2. Halbjahr
7. Einnahmen und Ausgaben des Staates ⁸									
a) Milliarden Euro									
Einnahmen									
Steuern	771,4	804,9	853,3	388,1	383,3	406,2	398,7	430,7	422,7
direkte Steuern	428,0	433,9	452,5	214,2	213,8	215,5	218,4	225,2	227,4
indirekte Steuern	343,4	371,0	400,8	173,9	169,5	190,6	180,3	205,5	195,3
Nettosozialbeiträge	607,1	626,5	656,9	295,0	312,0	302,1	324,5	317,6	339,3
Vermögenseinkommen	19,5	14,9	17,2	11,6	7,8	7,3	7,7	9,7	7,6
Laufende Übertragungen	24,1	25,9	27,3	11,2	12,9	11,3	14,6	12,3	15,0
Vermögenstransfers	15,4	16,4	17,0	7,0	8,4	7,4	9,0	7,7	9,3
Verkäufe	125,6	129,6	133,4	57,9	67,7	58,9	70,6	60,6	72,7
Sonstige Subventionen	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
Insgesamt	1563,1	1618,3	1705,2	771,0	792,2	793,1	825,2	838,6	866,6
Ausgaben									
Vorleistungen	209,3	213,3	210,6	97,3	112,0	102,9	110,3	100,2	110,4
Arbeitnehmerentgelte	283,7	291,5	298,7	136,2	147,5	140,1	151,4	143,5	155,1
Soziale Sachleistungen	311,2	333,1	346,3	150,2	161,1	159,8	173,3	167,4	178,9
Vermögenseinkommen (Zinsen)	22,2	20,6	19,5	11,7	10,5	10,8	9,8	10,3	9,3
Subventionen	71,0	67,5	45,2	37,3	33,7	44,9	22,6	22,9	22,3
Monetäre Sozialleistungen	593,0	604,7	609,6	292,1	301,0	305,8	298,9	301,0	308,5
Sonstige laufende Transfers	82,6	94,2	102,0	39,9	42,7	46,6	47,7	49,8	52,1
Bruttoinvestitionen	92,3	96,9	101,7	41,0	51,3	42,1	54,9	44,1	57,6
Vermögenstransfers	47,7	58,0	51,9	17,6	30,0	22,8	35,1	19,5	32,4
Nettozugang an nichtproduzierten Vermögensgegenständen	-1,2	-1,2	-1,2	-0,5	-0,7	-0,5	-0,7	-0,5	-0,7
Sonstige Produktionsabgaben	0,3	0,3	0,3	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2
Insgesamt	1712,3	1779,1	1784,6	823,0	889,3	875,6	903,4	858,4	926,3
Finanzierungssaldo	-149,2	-160,7	-79,4	-52,1	-97,1	-82,5	-78,2	-19,8	-59,7
b) Veränderung in Prozent gegenüber dem Vorjahr									
Einnahmen									
Steuern	-6,7	4,3	6,0	-6,7	-6,8	4,7	4,0	6,0	6,0
direkte Steuern	-6,4	1,4	4,3	-7,9	-4,9	0,6	2,1	4,5	4,1
indirekte Steuern	-7,1	8,0	8,0	-5,2	-9,0	9,6	6,4	7,8	8,3
Nettosozialbeiträge	1,6	3,2	4,8	1,8	1,5	2,4	4,0	5,1	4,6
Vermögenseinkommen	-11,3	-23,4	15,5	-11,7	-10,7	-37,7	-2,2	33,4	-1,3
LaufendeÜbertragungen	-4,3	7,5	5,4	-1,1	-6,9	0,6	13,5	9,2	2,4
Vermögenstransfers	11,7	6,4	3,6	15,8	8,5	5,2	7,4	3,8	3,4
Verkäufe	0,6	3,2	2,9	-1,2	2,1	1,7	4,4	2,9	3,0
Sonstige Subventionen	-14,0	-4,1	0,0	-7,9	-17,4	-10,3	0,0	0,0	0,0
Insgesamt	-2,9	3,5	5,4	-3,0	-2,8	2,9	4,2	5,7	5,0
Ausgaben									
Vorleistungen	15,1	1,9	-1,2	17,2	13,2	5,8	-1,5	-2,7	0,1
Arbeitnehmerentgelte	4,5	2,7	2,5	4,4	4,5	2,9	2,6	2,4	2,5
Soziale Sachleistungen	3,6	7,0	3,9	1,6	5,6	6,4	7,6	4,7	3,2
Vermögenseinkommen (Zinsen)	-19,0	-7,3	-5,2	-18,1	-20,0	-7,5	-7,0	-5,4	-5,0
Subventionen	130,5	-4,9	-33,1	159,3	105,2	20,4	-32,9	-49,1	-1,3
Monetäre Sozialleistungen	8,7	2,0	0,8	7,9	9,6	4,7	-0,7	-1,6	3,2
Sonstige laufende Transfers ⁹	8,4	11,7	7,7	3,2	5,2	6,7	5,0	3,3	4,4
Bruttoinvestitionen	7,2	5,0	4,9	8,9	5,8	2,6	6,9	4,8	5,1
Vermögenstransfers ⁹	6,7	10,3	-6,1	3,6	3,0	5,2	5,1	-3,3	-2,8
Nettozugang an nichtproduzierten Vermögensgegenständen ⁹	0,0	0,0	0,0	0,1	-0,1	0,0	0,0	0,0	0,0
Sonstige Produktionsabgaben ⁹	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Insgesamt	9,9	3,9	0,3	9,9	9,9	6,4	1,6	-2,0	2,5

1 Preisbereinigtes Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigenstunde.

2 Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.

3 Einschließlich Nettozugang an Wertsachen.

4 Selbständigeneinkommen/Betriebsüberschuss sowie empfangene abzüglich geleistete Vermögenseinkommen.

5 Einschließlich verbrauchsnahe Steuern.

6 Empfangene abzüglich geleistete Transfers.

7 Sparen in Prozent des verfügbaren Einkommens.

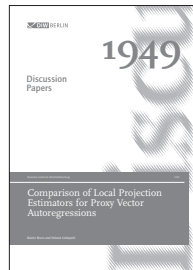
8 Gebietskörperschaften und Sozialversicherung.

9 Absolute Änderung gegenüber dem Vorjahr in Mrd EUR.

Quellen: Statistisches Bundesamt (Fachserie 18: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen); DIW Sommergrundlinien 2021.

Discussion Papers Nr. 1949

2021 | Martin Bruns, Helmut Lütkepohl



Comparison of Local Projection Estimators for Proxy Vector Autoregressions

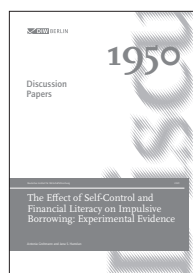
Different local projection (LP) estimators for structural impulse responses of proxy vector autoregressions are reviewed and compared algebraically and with respect to their small sample suitability for inference. Conditions for numerical equivalence and similarities of some estimators are provided. A new LP type estimator is also proposed which is very easy to compute. Two generalized least squares (GLS) projection estimators are found to be more accurate than the other LP estimators in small samples. In particular, a lag-augmented GLS estimator tends to be superior to its competitors and to perform as well as a standard VAR estimator for sufficiently large samples.

www.diw.de/publikationen/diskussionspapiere



Discussion Papers Nr. 1950

2021 | Antonia Grohmann, Jana Hamdan



The Effect of Self-Control and Financial Literacy on Impulse Borrowing: Experimental Evidence

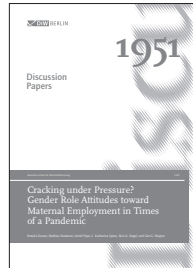
This paper examines the effect of reduced self-control on impulsive borrowing in a laboratory experiment. We manipulate self-control using an ego depletion task and show that it is effective. Following the ego depletion task, participants can anonymously buy hot drinks on credit. We find no significant average effects, but find that treated individuals that have low financial literacy are more likely to borrow impulsively. We complement our experimental analysis with survey evidence that suggests that people with low self-control have more problems with the repayment of consumer debt. This relationship is, in line with the experimental results, weaker for individuals with high financial literacy.

www.diw.de/publikationen/diskussionspapiere



Discussion Papers Nr. 1951

2021 | Natalia Danzer, Mathias Huebener, Astrid Pape, C. Katharina Spieß, Nico A. Siegel, and Gert G. Wagner



Cracking under Pressure? Gender Role Attitudes toward Maternal Employment in Times of a Pandemic

This paper studies the effects of Covid-19 related daycare and school closures on gender role attitudes toward maternal employment in Germany. We compare women and men with dependent children to those without children one year after the outbreak of the pandemic. Using data on gender role attitudes from 2008 through 2021, we find that fathers' egalitarian attitudes toward maternal employment dropped substantially in 2021. This drop is observed for men in West Germany, who showed a steady progression toward more egalitarian attitudes in the pre-pandemic period. Attitudes by women are not affected.

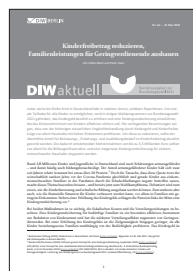
These findings suggest that the pandemic not only affected the short-term allocation of housework and child-care, but also reversed recent trends toward more egalitarian gender roles.

www.diw.de/publikationen/diskussionspapiere



DIW aktuell Nr. 64

2021 | Stefan Bach, Peter Haan



Kinderfreibetrag reduzieren, Familienleistungen für Geringverdienende ausbauen

31. Mai 2021 – Jedes vierte bis fünfte Kind in Deutschland lebt in relativer Armut, schätzen ExpertInnen. Um soziale Teilhabe für alle Kinder zu ermöglichen, wird in einigen Wahlprogrammen zur Bundestagswahl 2021 gefordert, das Kindergeld deutlich zu erhöhen und eine Kindergrundsicherung einzuführen, die das Existenzminimum von Kindern effektiver sichern soll. Die vorliegenden Berechnungen zeigen, dass von der bisherigen steuerlichen Ungleichbehandlung durch Kindergeld und Kinderfreibeträge vor allem Haushalte mit hohen Einkommen profitieren. Um diese zu reduzieren, sollte der überhöhte Anteil für

Betreuungs-, Erziehungs- und Ausbildungsbedarf im Kinderfreibetrag deutlich gesenkt werden. Die dadurch entstehenden Mehreinnahmen von bis zu 3,5 Milliarden Euro sollten vor allem für die Bildungsinfrastruktur und eine zielgenaue Kindergrundsicherung für einkommensschwache Haushalte eingesetzt werden.

https://www.diw.de/de/diw_01.c.620241.de/publikationen/diw_aktuell.html





CLAUDIA KEMFERT

Nach Stickoxid-Urteil des EuGH: Ausstieg aus bisheriger Verkehrspolitik jetzt!

Claudia Kemfert ist Leiterin der Abteilung Energie, Verkehr, Umwelt am DIW Berlin.
Der Kommentar gibt die Meinung der Autorin wieder.

Der Europäische Gerichtshof hat Deutschland wegen zu hoher Stickoxidwerte in mehreren Städten verurteilt. Es war zu erwarten, dass es so kommt – denn die Politik hat jahrelang viel zu wenig getan, um das Problem zu lösen. Das Urteil unterstreicht noch einmal, dass Deutschland in puncto Luftreinhaltung in den Städten enormen Nachholbedarf hat. Trotz der coronabedingt gesunkenen Emissionen werden die Stickoxidgrenzwerte auch heute noch in zahlreichen Städten überschritten. Der Dieselskandal von vor einigen Jahren wirft hier nach wie vor seine Schatten, zudem sehen wir die Auswirkungen einer verfehlten Verkehrspolitik, die zu wenig auf Luftreinhaltung, Nachhaltigkeit und Klimaschutz ausgerichtet war und ist. Zwar steuern immer mehr Städte um und setzen Anreize für mehr saubere Luft in den Städten, etwa durch eine gezielte Stärkung des klimaschonenden ÖPNV und der Elektromobilität und den Ausbau von Fahrrad- und Fußgängerstraßen. Doch all dies ist noch immer unzureichend. Eine gezielte Verkehrspolitik für eine nachhaltige Verkehrswende und Stadtmobilität ist längst überfällig.

Wir benötigen einen Ausstieg aus der jetzigen Verkehrspolitik. Die Bundesverkehrswegeplanung und Straßenverkehrsordnung sollten gezielt angepasst und strikt auf Klimaschutz und Nachhaltigkeit ausgerichtet werden. Wir benötigen eine integrierte Mobilitätsplanung, die auf Verkehrsvermeidung, -verlagerung und -optimierung setzt. Weniger das eigene Auto, sondern vielmehr sinnvolle und attraktive Mobilitätsdienstleistungen müssen im Fokus stehen. Die künftige Mobilität ist elektrisch, smart, vernetzt, digital und autonom. Derzeit sind jedoch noch fast alle Anreize auf das individuelle Verbrennerauto ausgelegt: Wir leben in einer autogerechten Gesellschaft, in der fossile Verbrenner massiv gegenüber klimaschonender Mobilität bevorteilt werden. Wir benötigen eine menschenrechtliche Mobilität, die intelligent und klimafreundlich für alle ist.

Es sollte alles dafür getan werden, dass smarte und klimaschonende Mobilität zunimmt – samt Förderung des Schienenverkehrs, klimaschonendem ÖPNV, Ausbau der Lade-

infrastruktur und Einführung einer Pkw-Maut. Die Dieselsteuer sollte so schnell wie möglich erhöht und an die Benzinsteuern angeglichen werden. Die EU-Grenzwerte für Pkw sollten weiter verschärft werden, um einen schnellen Umstieg von fossilen zu Elektrofahrzeugen zu ermöglichen. Deutschland sollte ab sofort eine E-Auto-Quote von 25 Prozent und ab 2025 von 50 Prozent, gemessen an allen Neuzulassungen, einführen.

Knapp 80 Prozent der Bevölkerung in Deutschland leben in Groß- und Mittelstädten sowie Regiopolen. In den Städten geht es neben der Luftreinhaltung auch um Lärmschutz, Flächenverbrauch und Verkehrssicherheit. Leider zeigt sich, dass der Pkw und eine autozentrierte Mobilitätskultur unsere Städte dominieren. In Deutschland waren im Jahr 2019 ein Drittel der neu zugelassenen Autos SUVs. Die Autodichte stieg weiter, auf 567 Pkw pro 1000 EinwohnerInnen. In Städten setzt ein Zugewinn von Fläche für den Fuß- und Radverkehr zwangsläufig eine Verringerung der Fläche für stehenden oder fließenden Pkw-Verkehr voraus, da die Verkehrsfläche insgesamt begrenzt ist. Negative Auswirkungen des motorisierten Individualverkehrs sind neben dem Flächenbedarf auch die erblichen Luftbelastungen (Feinstaub und NO_x), Verkehrslärm, der hohe Energiebedarf und auch die Verkehrssicherheit.

Die Zahl der Fahrzeuge in Städten sollte deshalb erheblich verringert werden. Der ÖPNV stellt das Rückgrat des städtischen Verkehrs dar. Er muss ausgebaut und attraktiver gemacht werden. Um die Mobilitätswende in den Städten voranzutreiben, brauchen wir Push- und Pull-Instrumente. Dazu zählen einerseits also Maßnahmen, die das Autofahren entsprechend der davon ausgehenden Belastungen für die Umwelt verteuern und den zur Verfügung stehenden Raum umverteilen. Und andererseits brauchen wir auch Maßnahmen, die den Umweltverbund attraktiver machen, damit durch gezielte finanzielle Förderungen attraktive Preise, Komfort und Taktung des Angebots adäquat berücksichtigt werden können. All dies würde auch dazu führen, dass wir zukünftig saubere Luft in den Städten haben und die Vorgaben der EU erfüllen können.